

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

4. Jahrgang.

Freitag, 5. September 1924.

Nr. 210.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Zustellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Reklamkarte.

Erscheint mit Ausnahme des Sonntags täglich.

Postarbeit im Parlament.

Die Regierung hat gestern das Abgeordnetenhaus — vielmehr die oppositionellen Parteien, denn den Abgeordneten der Regierungsparteien und sogar den Redakteuren der Regierungspresse waren die Entwürfe bereits bekannt — mit einer Flut von Regierungsvorlagen überfallen, die insgesamt 120 Druckseiten und 188 Paragraphen zählen. Bis in die Mitternachtstunden war das Parlament versammelt, um die Debatte über die für die Bevölkerung lebenswichtige Frage der Teuerung abzuführen und heute um acht Uhr früh tritt schon der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses zusammen, um die Finanzvorlagen der Regierung in Verhandlung zu ziehen. Von den oppositionellen Abgeordneten wird also verlangt, daß sie zwischen Mitternacht und acht Uhr früh eine Reihe von komplizierten, das Wirtschaftsleben empfindlich beeinflussenden, breite Schichten der Bevölkerung interessierenden Regierungsvorlagen durcharbeiten. Man will der Opposition einfach unmöglich machen, mitzuarbeiten, durch die Schnelligkeit, mit der alles in den Ausschüssen und im Abgeordnetenhaus durchgeführt wird, sollen die Oppositionsparteien überannt und mundtot gemacht werden.

Auf diese Art will die Regierung in den beiden Häusern des Parlaments auch das Problem der Kriegsanleihe endlich seiner Lösung zuführen, eine Frage, die nicht nur die besitzenden Klassen interessiert, sondern auch die Vertreter der Arbeiterklasse, denen die bürgerlichen Parteien in den Gemeindevertretungen Unsummen von Kriegsanleihe als Erbschaft der Kriegszeit hinterlassen haben und die an der Erledigung der Kriegsanleihefrage auch schon aus dem Grunde nicht gleichgültig vorübergehen können, weil die von der Arbeiterschaft verwalteten sozialen Institute, wie Krankenkassen, Unfallversicherungsanstalten, Pensionsinstitute in Kriege Kriegsanleihe zu zeichnen gezwungen waren.

Was mit der Kriegsanleihe zu geschehen hat, wurde schon einmal, und zwar durch das Gesetz über die vierte Staatsanleihe vom 24. Jänner 1920 geregelt. In diesem Gesetz aber wird die Regelung nur für diejenigen vorgesehen, welche ein Vermögen von mehr als 25.000 Ks besitzen. Die Entschädigung für die kleinen Kriegsanleihebesitzer wurde zwar im Jahre 1922 durch eine dem Abgeordnetenhaus zugegangene Regierungsvorlage zu entscheiden versucht, die aber politischer Schwierigkeiten halber von dem damals im Amte befindlichen Ministerium Beneš wieder zurückgezogen wurde. An Stelle der Vorlage des Ministeriums Beneš hat nun die Regierung eben gestern eine neue Vorlage eingebracht.

Der wesentliche Inhalt der Vorlage, welche wir an anderer Stelle wiedergeben, besteht darin, daß den Besitzern von Kriegsanleihe, deren Vermögen nicht größer ist als 25.000 Ks und die nicht mehr als 100.000 Ks Kriegsanleihe besitzen, für je 100 Ks Kriegsanleihe 75 Ks Schuldverschreibungen gewährt werden. Die einzige Verbesserung gegenüber der Vorlage von 1922 besteht nun darin, daß damals die Höchstgrenze, bis zu welcher die Kriegsanleihe auf die bezeichnete Art eingelöst wird, 70.000 Ks war, während sie jetzt 100.000 Ks ist. Eine wesentliche Verschlechterung jedoch besteht darin, daß die Entschädigungspapiere statt wie früher mit dreieinhalb Prozent nunmehr mit drei Prozent verzinst werden, und daß die Verzinsung statt ab 1. Jänner 1922 erst ab 1. Jänner 1925 gewährt wird.

Einige, jedoch nicht weitgehende Verbesserungen enthält das Gesetz bezüglich der Sparkassen, Gemeinde- und Sozialversicherungsinstitute. Vor allem erhalten diese die Erbschaftspapiere ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Vermögens. Freilich dürfen sie nicht mehr als 100.000 Ks Kriegsanleihe haben, was leider bei der größeren Anzahl von Gemeinden und Sparkassen nicht zutrifft. Dazu kommt noch, daß die Kriegsanleihe, welche die verschiedenen

Teuerungsdebatte im Abgeordnetenhaus.

Eine Dauerfokung. — Die Kriegsanleihe-Vorlage eingebracht. — Die Pensionisten können warten

Prag, 4. September. Schon die erste Sitzung des heute eröffneten Tagungsabschnittes zieht sich bis in die späten Nachstunden hin. Das Haus muß wieder einmal die Sünde der langen Ferien büßen und im Eiltempo das Versäumte einholen. Nicht weniger als neun große Gesetzesvorlagen legte die Regierung auf den Tische des Hauses. Natürlich waren die vielen von der Pötte ausgekochten Gesetze Gegenstand der hinter den Kulissen geführten Verhandlungen.

Im Hause stellte man den Parlamentsarbeiten eine allgemeine Aussprache über die Teuerung voran, zu der die von einigen Parteien, darunter auch von unseren Genossen, überreichten Dringlichkeits-Interpellationen Anlaß gaben. Die Debatte wurde durch ein Exposé des Ernährungsministers eingeleitet, worauf über die Ministererklärung die Debatte abgeführt wurde. Sollte sie heute nicht abgeschlossen werden, so wird am morgigen Tage eine Vollsitzung des Abgeordnetenhauses stattfinden. Träge plätscherte die nächtliche Teuerungsdebatte dahin . . .

Der Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses hat sich wesentlich verändert. Das Präsidium ist um zwei Meter erhöht worden, auch die Ministerbank ist „in die Höhe gerückt“. Die Situation der Mitglieder des Kabinetts soll sich dadurch wesentlich „erleichtert“ haben, da sie angeblich den Burgeschöhen der Abgeordneten nicht mehr schuplos preisgegeben sind.

Ueber das Arbeitsprogramm hat sich die Koalition darin geeinigt, in dieser Tagung die Finanzgesetze und die Sozialversicherung zu verabschieden und demgemäß die Parlamentsarbeit einzuteilen. In den nächsten Tagen haben die Ausschüsse Gelegenheit zur Beratung der finanziellen Vorlagen, sowie der vom Senat verabschiedeten Kleinpächter-Vorlage. Am kommenden Mittwoch um 4 Uhr sollen die Verhandlungen des Plenums wieder aufgenommen und die Kleinpächter-Vorlage verhandelt werden. Für Mittwoch ist die Beratung des Kriegsanleiheentwurfes und der Vorlage über die Steuererleichterung in Aussicht genommen. Der Abschluß der Beratungen ist für Donnerstag angesetzt. Am Freitag würde die Verhandlung der Sozialversicherung beginnen und nach Möglichkeit soll das Gesetz in vier aufeinanderfolgenden Sitzungen verabschiedet werden. Nebenwächte Woche sollen die restlichen finanziellen Vorlagen und das sonstige, inzwischen von den Ausschüssen aufgearbeitete Material erledigt werden.

Von den Pensionistengesetzen ist natürlich keine Spur. Ein dringender Hilferuf der Pensionisten an das Haus veranlaßte Vizepräsidenten Genossen Dr. Czech, an den Präsidenten Tomásek die Anfrage zu richten, wann die längst fälligen, wiederholt versprochenen Pensionisten- und Staatsbeamtenvorlagen im Hause einlaufen werden. Präsident Tomásek versprach, hierüber Erkundigungen einzuziehen. Nachstehend der Bericht über den Sitzungsverlauf:

* * *

Minister Franke

ergreift nach einigen präsidialen Mitteilungen Tomáseks das Wort zu einer Regierungserklärung, in der er betont, daß die Regierung den Ernst der Teuerung voll anerkennt. Er befaßt sich nach Schilderung der internationalen Zusammenhänge der Teuerung mit den Preisverhältnissen in der Republik, mit dem Stand der Ernte in der ganzen Welt und gibt ein Bild der Preisentwicklung. Die Ernte in unserer Republik ist schwächer als im Vorjahr, besonders in der Slowakei und Karpathenland. In vieler Hinsicht bewegte sich die Erklärung des Ernährungsministers in der von uns bereits seinerzeit veröffentlichten, aus dem Ernährungsministerium stammenden Information.

Die Regierung betrachtet den Kampf gegen die Teuerung in der heutigen Zeit als eine der wichtigsten innerpolitischen Fragen. Überall, wo die Regierung ungerechtfertigte Teuerung vorfindet, will die Regierung eingreifen. Speziell befaßt sie sich mit den Bedingungen der völligen Aufhebung des Bewilligungsverfahrens für Getreide und Mehl. Sie bereitet weiter ein Antikartellgesetz vor, eine Veränderung des Gesetzes über die Produktenbörsen und eine Änderung der bisherigen Erntestatistik zu dem Zwecke der Feststellung genauerer Erntedaten. Die Regierung beabsichtigt die Herausgabe eines Gesetzes über Konsumenten- und Arbeiterkammern. Es ist die Pflicht der Gemeinden, die Regierung im Kampfe gegen die Teuerung zu unterstützen. Die Gemeinden können

Fonds der Gemeinde besitzen (zum Beispiel Wasserwerk, Gaswerk, Armenfonds) zusammen gerechnet werden. Wenn alle Fonds der Gemeinde zusammen über 100.000 Ks Kriegsanleihe besitzen und die Gemeinde nicht früher den Umtausch gegen vierte Staatsanleihe vollzogen hat, wird die Kriegsanleihe wertlos.

Ueber das Gesetz wird in den beiden gesetzgebenden Körperschaften von unseren Vertretern in einzelnen noch manches zu sagen sein. Hervorheben wollen wir nur noch, daß dem Kriegsanleihegesetz etwas eigentümlich ist, was für die tschechoslowakische Gesetzgebung überhaupt cha-

ten besonders den Fleischverkauf in die Hand nehmen. Die Regierung wird gegen die Teuerung auch weiterhin in den Grenzen, die ihr durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gezogen sind, wirken.

Während der Rede des Ernährungsministers gab es Zwischenrufe der Kommunisten und Gewerbetreuer.

Auf Antrag des Abg. Genossen Dr. Czech wurde das sofortige Eingehen in die Debatte beschlossen.

Jemin (Tschech. Nat.-Soz.) anerkennt den guten Willen der Regierung beim Gesetzesentwurf über die Ausmahlung des Getreides. Sie hält aber diesen Einfall männlicher Staatsklöche für übereilt und warnt vor seiner Durchführung.

Genosse Schweichhart

erklärt, die Erhöhung der Lebensmittelpreise bebaut im Moment des Lohnabbaues einen furchtbaren Schlag für die Arbeiterschaft. Nach den amtlichen Biffen ist der Großhandelsindex um fast vier Prozent gestiegen, im Detail macht sich die Steigerung der Preise noch viel empfindlicher bemerkbar. Was hat die Regierung getan, um diese Erscheinung zu bekämpfen?

Dem heute entwickelten Programm des Ministers Franke kann sehr wenig Positives entnommen werden.

Der Minister hat mehr als Vertreter der kapitalistischen Partei, als Vertreter der Koalition-

rakteristisch ist. Es wird mit Ermächtigungen an die Regierung, beziehungsweise an einzelne Minister sehr freigebig umgegangen. Einzelnen Unternehmungen und Anstalten können nämlich vom Finanzminister Vorteile gewährt werden, auf die sie nach dem Gesetze keinen Anspruch haben. Der Finanzminister kann auch solchen Instituten die privilegierte Zeichnung von Schuldverschreibungen gewähren, wenn der Schuldner der Anstalt nicht zu den vom Gesetze begünstigten Personen gehört. Welche Protektionswirtschaft da Platz greifen wird, kann man sich denken!

regierung, gesprochen und gibt uns wenig Hoffnung, daß sich in der nächsten Zeit die Verhältnisse bessern würden. Ausgefallen ist uns, daß auch eine Ueberprüfung der Zolltarife erfolgen soll. Will man damit erreichen, daß den Wünschen der Agrarier entgegengekommen werden soll? Die Einführung von Lebensmittelzöllen wäre heute direkt ein Verbrechen und dagegen wenden wir uns mit aller Entschiedenheit. Wir wollen aber auch auf der andern Seite keine Bevorzugung der Industrie mit Zöllen. Wir verlangen die völlige Freigabe der Einfuhr von Getreide und Mahlprodukten, wir wünschen, daß die Zölle auf wichtige Lebensmittel, wie Thee und Kaffee, verschwinden. Auch die Konsumvereine sollten finanziell gestützt und gefördert werden. Wer für die Entlastung der breiten Massen eintritt, der muß auch für die Hebung der Konsumbewegung eintreten. Es ist zu bezweifeln, daß die Verordnung über die neue Ausmahlung des Getreides viel nützen wird, wohl ebenso wenig, wie das von der Regierung eingebrachte Antikartellgesetz, denn auch dieses wird wohl nur ein wirkungsloser Versuch bleiben, da die ganze Entwicklung unserer Wirtschaft zum Kartellwesen führt. Wir lehnen irgend eine Vertrauensfundgebung für die Regierung ab und erklären, daß wir den Kampf um die Besserung in wirtschaftlicher Beziehung wie bisher weiterführen werden. (Beifall.)

Mikulšček (Kom.) hält dafür, daß es nötig wäre, die Rede Franke in allen Fabriken zu plakieren, damit die Arbeiterschaft klar sieht, daß nicht einmal der Minister an eine Preisfestsetzung glaubt. Die Herren aus der Koalition anerkennen in ihrer Interpellation, daß die Teuerung von der heimischen Spekulation verschuldet wurde. Aber wer spekuliert? Es sind dies meistens die politischen und Klassenamerodeen jener Herren, welche für die agrarische und nationaldemokratische Partei die Interpellation unterschrieben.

Stumm (D. Nat.-Soz.) führt aus: Wir sind seit Beginn der unaufrichtigen Steigerung der Lebensmittelpreise gezwungen gewesen, auf die Gründe dieser Entwicklung hinzuweisen und dringliche Maßnahmen zu fordern, welche geeignet wären, die Abstellung der Krisenzustände wenigstens vorzubereiten. Mit Palliativmitteln aber, wie sie die Regierung vorschlägt, ist es nicht möglich, über dieses schwierige Problem hinwegzukommen. Dazu ist vor allem notwendig, die Erkenntnis der Fehler des jetzigen Systems, welches die ganze Wirtschaft des Staates ramponiert hat, die länger die jetzige Methode der Führung der Geschäfte dieses Staates anhält, desto ärger werden die krisenhaften Zustände bei uns werden.

Rajman (sch. Gew.-P.) protestiert dagegen, daß die Gewerbetreue beschuldigt werden, an der Teuerung mitschuldig zu sein. Er setzt sich für den Abbau des Ernährungsministeriums ein.

Johaniš (sch. Soz.-dem.) polemisiert unter ständiger Unterbrechung auf den Banken der Gewerbetreuer mit dem Abg. Rajman. Er spricht sich ferner gegen das Ausmahlungsgesetz aus, da wir noch in der Kriegshochphase leben, in der die Konsumenten das fürchtbare schwarze Kriegsbrot vor sich sehen. Außerdem seien Befürchtungen vorhanden, daß die Müller diese Maßnahmen mißbrauchen werden.

Bei Blattschluß dauert die Sitzung noch an. Es dürfte in den Frühstunden zur Abstimmung geschritten werden. Der morgige Tag ist sitzungsfrei und überläßt den Ausschüssen vorbehalten.

Die Sozialversicherung

im Budgetausschuß angenommen.

Prag, 4. September. In der heutigen Sitzung des Budgetausschusses wurde die Sozialversicherungsvorlage zu Ende beraten.

Im Schlußwort griff der Berichterstatter Dr. Šrdínko Genossen Laub heftig an. Anstatt sachlich auf die Einwände Laubs zu antworten, warf er unserm Redner antislawische und Klassenvoreingenommenheit vor.

Bei der Abstimmung wurde die Vorlage in der Fassung des sozialpolitischen Ausschusses und mit den Abänderungsanträgen Šrdínkos angenommen. Nur der Abänderungsantrag, der die Durchführung des Gesetzes der Gesamtregierung übertrug, wurde zurückgezogen. Der Ausschuß nahm ferner eine Resolution an, durch die die Regierung verpflichtet wird, ein Gesetz vorzulegen, durch welches die Vereinheitlichung der Arbeiterunfallversicherung durchgeführt und durch welches ihre Verwaltung der Zentralsozialversicherungsanstalt übertragen wird. Sodann wurde die Sitzung geschlossen.

Die neuen Finanzgesetze.

Die Regierung unterbreitete dem Abgeordnetenhaus in seiner gestrigen Sitzung acht finanzpolitische Vorlagen, deren Inhalt wir hier wie folgt wiedergeben.

Die Kriegsanleihe.

Der Gesetzentwurf über die Kriegsanleihe besteht aus vier Hauptstücken. Im ersten Hauptstück wird bestimmt, unter welchen Bedingungen den Eigentümern Entschädigungen zuerkannt werden. Die Eigentümer der Kriegsanleihen, die Entschädigungen verlangen, müssen ihren Wohnsitz zum mindesten vom 1. Jänner 1924 im Inlande haben. Ferner darf das reine Vermögen des Eigentümers der Kriegsanleihe 25.000 K nicht übersteigen. Dabei ist der Vermögensstand anlässlich der Bemessung der Vermögensabgabe maßgebend. Von der Vermögensabgabe befreit haben den Anspruch ohne Rücksicht auf die Höhe des Vermögens, Land, Gau, Bezirk, Gemeinde mit allen Fonds, Anstalten, Unternehmungen, auch wenn diese privatwirtschaftlich betrieben werden. Ferner darf der Eigentümer der Kriegsanleihe im Zeitpunkt ihres Erlages zur Auswechslung nicht mehr als 100.000 K im Nennwert besitzen. Für die Bemessung der Grenzbeträge von 25.000 K bzw. 100.000 K ist das Vermögen der Haushaltsangehörigen dem des Haushaltsvorstandes zuzurechnen. Eine weitere Bedingung ist das ununterbrochene Eigentumsrecht zu den Kriegsanleihen in der Person des Entschädigungswerbers seit dem 28. Oktober 1918 bis zum Tage des Erlages der Kriegsanleihe zum Austausch. Die wichtigste Bestimmung nun enthält der § 13, nämlich die Höhe der Entschädigung.

Für je 100 K Nominale Kriegsanleihen werden 75 K Nominale 3% unentlohbare Entschädigungsschuldverschreibungen gewährt, die vom 1. Jänner 1925 verzinst werden.

Eine Reihe von Bestimmungen regeln die verpfändeten Kriegsanleihen. Der Pfandgläubiger ist verpflichtet, verpfändete Kriegsanleihen über Weisung des Schuldners zum Austausch vorzulegen und die Entschädigungsschuldverschreibungen an Stelle der verpfändeten Kriegsanleihen als Pfand anzunehmen. Hat der Schuldner nicht mehr als 10.000 K Nominale an Kriegsanleihen und übersteigt das erwählte Einkommen für das Steuerjahr 1923 nicht 15.000 K, so ist der Pfandgläubiger verpflichtet, außerdem auch die Zinsen und die sonstigen Nebengebühren der aus dem Lombard der Kriegsanleihen sich ergebenden Forderung abzuschreiben.

Das zweite Hauptstück enthält Änderungen des Gesetzes über die vierte Staatsanleihe. Der Finanzminister kann Zeichnungen auch von notifizierten oder tatsächlich hier wirkenden Unternehmungen und Anstalten entgegennehmen, es sollen auch Kriegsanleihen zur Zeichnung der vierten Staatsanleihe gegen Abgabe der Rentenbücher der ehemaligen österr. und ungar. Postsparkassa zugelassen werden. Die Möglichkeit der Zeichnung der vierten Staatsanleihe wird erweitert und durch mehrere Bestimmungen begünstigt. Sofern nicht durch Verordnung eine kürzere Frist bestimmt wird, endet die Frist zur Zeichnung der vierten Staatsanleihe am 31. Dezember 1924. Der Finanzminister kann aber Fonds, Anstalten, Körperschaften, Stiftungen, nach § 3 des Gesetzes die Zeichnung auch nachher bewilligen.

Das dritte Hauptstück behandelt die Bewertung der Kriegsanleihe für die Vermögensabgabe. Die Bewertung erfolgt mit 40 Prozent des Nennwertes. Solche Kriegsanleihen aber, die weder zur Zeichnung der vierten Staatsanleihe noch zum Austausch gegen Entschädigungstitres nach diesem Gesetze verwendet wurden, werden überhaupt nicht in die Bemessungsgrundlage für die Abgaben eingerechnet.

Das vierte Hauptstück endlich enthält Strafbestimmungen.

Das Bankgesetz.

Zur Aufgabe von Einlagebüchern sind neben Sparkassen besetzt: Kontributionsfondskassen, ferner Vorschußkassen, Kreditgenossenschaften, falls sie unter der Aufsicht eines zu ihrer Revision berechtigten Verbandes stehen, weiters die Landkreditinstitute und schließlich Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H., welche Bank- und Geldgeschäfte betreiben, diese jedoch nur auf Grund einer ausdrücklichen Bewilligung seitens der Staatsverwaltung. Soweit diese Institute eine solche Bewilligung schon besaßen, müssen sie binnen einem Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes nachweisen, daß ihre zur Deckung von Verlusten bestimmten Reserven mindestens zehn Prozent des Aktienkapitals ausmachen, daß die Mitglieder ihres Vorstandes sich notariell verpflichtet haben, falls diese Reserven unter zehn Prozent sinken, aus eigenen Mitteln eine Garantie in der Höhe von mindestens zwei Prozent des Aktienkapitals zur ausschließlichen Befriedigung der Einleger zu widmen, schließlich, daß sie den Bestimmungen dieses Gesetzes über die Revision Genüge getan haben.

Gesellschaften, die die erwähnte Bewilligung bisher nicht besaßen, können sie vom Finanzministerium erhalten, wenn sie nachweisen: daß sie seit wenigstens drei Jahren ununterbrochen erfolgreich Bank- und Geldgeschäfte betreiben; daß ihr völlig eingezahltes Aktienkapital mindestens fünf Millionen Kronen und ihre zur Deckung von Verlusten bestimmten Reserven mindestens 15 Prozent des Aktienkapitals erreichen; daß ihre Vorstandsmitglieder sich notariell verpflichtet haben, im Falle des Sinkens der Reserven unter 15 Prozent eine Sicherheit in der Höhe von mindestens vier Prozent des Aktienkapitals zur ausschließlichen Befriedigung der Einleger zu widmen; daß sie den Bestimmungen dieses Gesetzes über die Revision Genüge getan haben.

Jede Aktienbank muß einen Aufsichtsrat von fünf Mitgliedern errichten, die von der Generalversammlung zu wählen sind. Mitglieder des Vorstandes oder Angestellte der Bank sind von der Wahl ausgeschlossen, ebenso die Ehegatten, Verwandten oder Verwandten der Direktoren oder Vorstandsmitglieder bis zum zweiten Grad. Die Funktionsdauer des Aufsichtsrates darf fünf Jahre nicht überschreiten. Wiederwahl ist zulässig. Die Befugnisse des Aufsichtsrates werden im Gesetz genau statuiert.

Aktienbanken mit mehr als 25 Angestellten müssen eine besondere Kontrollabteilung errichten aus Personen, die an dem Geschäftsbetrieb der Banken nicht beteiligt sind. Den Vorstand und die Mitglieder dieser Abteilung ernannt der Bankvorstand im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat. Die Kontrollabteilung hat alle übrigen Abteilungen der Bank zu kontrollieren.

Die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates sowie die leitenden Beamten haften für alle Schäden, die aus Geschäften entstehen, welche sie unter Verletzung der ihnen durch Gesetz, Statuten, Geschäftsordnung usw. auferlegten Pflichten abgeschlossen haben.

Erleichterung bei Steuerzahlungen.

Das Gesetz über außerordentliche Erleichterungen bei der Zahlung von direkten Steuern bestimmt im § 1: Rückstände von direkten Steuern, die für vergangene Jahre bis einschließlich 1923 geschuldet werden, können auf Ansuchen der Partei in Aus-

nahmefällen angemessen herabgesetzt oder erlassen werden, wenn ernstlich Gefahr besteht, daß die Zahlung dieser Rückstände den Steuerzahler in seiner wirtschaftlichen Erwerbstätigkeit, in seinem Lebensunterhalt oder im Lebensunterhalt seiner Familie gefährden würde oder wenn die Eintreibung der Rückstände mit besonderen und unverhältnismäßigen Schwierigkeiten verbunden wäre. Besondere Rücksicht zu nehmen ist auf Fälle, wo die Gefährdung des Steuerzahlers durch Verluste verursacht wurde, die aus dem Rückgang der Warenpreise, des Investitionswertes oder durch Verluste aus Forderungen und andere Folgen der Nachkriegsverhältnisse entstanden sind. Es wird kein Unterschied gemacht, ob es sich um rechtskräftig vorgeschriebene Steuern handelt oder nicht. Unter den in Absatz 1 angeführten Umständen kann auch von der Verschreibung der bisher nicht auferlegten Steuern Abstand genommen werden. Jede Änderung in der Höhe der Rückstände bei den direkten Steuern hat auch eine Änderung aller hiezu eingehobenen Zuschläge im Gefolge.

Moratorium zum Schutz der Geldinstitute.

Ein Moratorium kann für Sparkassen und Landkreditinstitute, Vorschußkassen, Kreditgenossenschaften, Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. erlassen werden, falls dies das öffentliche Interesse erfordert. Das Moratorium kann nur für die unbedingt erforderliche Zeit verhängt werden, und zwar für Sparkassen vom Innenminister, für die übrigen Institute vom Finanzminister.

Das Moratorium muß am Tage seiner Gültigkeit unverzüglich dem zuständigen Gerichte zur Eintragung im Handelsregister mitgeteilt werden. Besteht bei diesem Institute keine besondere staatliche Aufsicht, so ernannt der Minister, der das Moratorium verhängt, einen Aufsichtskommissär. Das Moratorium bezieht sich ausschließlich auf Forderungen, die vor seiner Inkraftsetzung entstanden sind. Während des Moratoriums dürfen alte Forderungen weder sichergestellt noch ausgezahlt werden. Das Geldinstitut ist in bezug auf die Bezahlung alter Forderungen in dieser Zeit nicht klagbar. Soweit das Gesetz jedoch keine andere Bestimmung trifft, schließt das Moratorium nicht das Recht der Anstalt aus, mit ihren materiellen Werten frei zu verfahren. Die Anstalt kann mit Einwilligung der Behörden ihre Tätigkeit weiterhin ausüben. Das Moratorium endet nach Ablauf der festgesetzten Frist durch Aufhebung der zuständigen Behörde, durch Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder durch Verhängung eines Konkurses. Die Mitglieder der Organe der Anstalt haften den Gläubigern mit ungeteilter Hand für den erlittenen Schaden. Uebertretungen der in diesem Gesetze enthaltenen Bestimmungen zugunsten einer Person werden mit Geldstrafen bis 100.000 K geahndet.

Wertpapiergesetz.

Ein Bankier, der Operationen mit Wertpapieren vornimmt, ist verpflichtet, gekaufte Wertpapiere aufzubewahren und darüber Buch zu führen. Der Bankier ist verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß ihm über Auftrag gekaufte Wertpapiere rechtzeitig übergeben werden und daß sie fünf Tage nach Eingang aufbewahrt und in seinen Geschäftsbüchern aufgenommen werden. Ein Bankier, der Wertpapiere, die sich bei ihm zur Aufbewahrung befinden, einer dritten Person des Inlandes zum Aufbewahren, Pfand etc. übergibt, ist verpflichtet, dabei mitzuteilen, daß es sich um fremde Papiere handelt. Ein Bankier im Sinne dieses Gesetzes ist, wer gewerbsmäßig Wertpapiere zur Aufbewahrung oder zum Pfand etc. übernimmt. Die im Sinne der obigen Bestimmungen zur Aufbewahrung übergebenen Wertpapiere sollen im Inlande aufbewahrt werden, falls nicht die Aufbewahrung an einem anderen Orte durch eine Zwangsbefehl geboten erscheint. Die

aus dem geltenden Rechte hervorgehenden weiteren Pflichten und Rechte des Bankiers bleiben durch diesen Gesetzentwurf un geändert.

Gesetz über den Fond der Geldinstitute.

Zur Unterstützung des Sparwesens und der günstigen Entwicklung des Geldwesens wird ein „Fond“ mit dem Sitze in Prag errichtet. Teilnehmer dieses Fundes sind alle Geldinstitute, Aktiengesellschaften und Ges. m. b. H. Die Teilnehmer des Fundes werden in drei Gruppen geteilt, von denen die erste aus Landes-, Kommunal- und Bezirksinstituten, die zweite aus Sparkassen usw. und die dritte aus den restlichen Geldinstituten besteht. Der Fond wird von einem aus zwölf Mitgliedern bestehenden Kuratorium verwaltet, dessen Tätigkeit durch einen Ertrag des Finanzministeriums bestimmt wird. Den Buchhaltungs-, Kassen- und Konzeptionsdienst versieht die „Jemsa banka“ in Prag.

Die Teilnehmer des Fundes sind verpflichtet, von jedem Zinsbetrage auf Einlagebücher ein-einhalb Prozent an die „Jemsa banka“ binnen 90 Tagen abzuführen. Sobald der Fond einer Gruppe einen seinen Zweck sicherstellende Höhe erreicht, stellt das Finanzministerium die Zahlung weiterer Beiträge für diese Gruppe ein. Jedes Geldinstitut, das wenigstens fünf Jahre Mitglied des Fonds ist, hat Anspruch auf Unterstützung desselben, falls es Schäden erlitten hat, die seine Existenz oder die Interessen der Einleger bedrohen würden. Sollte ein Institut, das um Hilfe ansucht, aus irgendeinem Grunde nicht zu retten sein, dann ist die Unterstützung in der Weise zu gewähren, daß alle Gläubiger, deren Forderungen bei einem Konkurse in die dritte Klasse gehören würden, befriedigt werden.

Forderungen aus der Kriegszeit.

Die Bezahlung kann nur an den ursprünglichen Gläubiger erfolgen, oder an seinen gesetzlichen Erben. Sie bezieht sich ausschließlich auf tschechoslowakische Staatsbürger, die dies seit dem 28. Oktober 1918 sind und seither ununterbrochen im Lande leben. Handelsgesellschaften wird ebenfalls nur dann eine Uebernahme gewährt, wenn sie seit dem 28. Oktober 1918 ihren Sitz ununterbrochen im Inlande haben. Uebernommen werden nur solche liquide Forderungen, die im Sinne des Gesetzes vom 8. April 1920 zur Vermögensabgabe und zur Vermögenssteuer angemeldet waren. Für übernommene Forderungen werden als Zahlung dreiprozentige, nicht verlosbare Schuldcheine, und zwar im Verhältnis von 50 K Nominalewert der Schuldcheine für 100 K Forderungen ausgestellt. Hat der Staat an den Gläubiger, dessen Forderung übernommen wurde, seinerseits Forderungen (Steuern etc.), ist er berechtigt, die Schuldcheine anstatt der Bezahlung für sich zu behalten. Ueber die Uebernahme von Forderungen und ihre Bezahlung entscheidet das Finanzministerium über Ansuchen des Gläubigers, das sechs Monate nach Gesetzgebung der Vorlage einzureichen ist.

Ein Mahlgesetz.

In der gestrigen Sitzung unterbreitete die Regierung auch ein Gesetz, welches den Zweck hat, billigeres Mehl für die Volksernährung zu erhalten. Durch den Gesetzentwurf werden einheitliche Mehltypen geschaffen. Die Regierung wird ermächtigt, die Frage der Ausmahlung des Getreides zu regeln und den Mehlpreis festzusetzen. Der Weizen wird bis 80 Prozent ausgemahlen. Die ersten 65 Prozent werden als Mehl für Koch- und Backzwecke verwendet, die restlichen 15 Prozent als Beigabe zum Brotmehl.

17 Deribirische Expreß.

Roman von Frank Heller.

Copyright by G. Müller, München.

„Da es das erste Mal ist“, sagte er mit einem Munde, so zusammengeschmürt, daß er sich beinahe weigerte, sich zu einem Lächeln zu verziehen, „da es das erste Mal ist, darf ich — darf ich vielleicht Sie — Sie zum Mittagessen einladen — ja, ja, machen Sie keine Umstände! Ich lade Sie ein!“ „Sie sind zu freundlich“, sagte der Millionär erstaunt. „Danke. Aber bitte steden Sie das Sädchen ein, wenn Sie können. Es ist so auf-fallend, und vielleicht sind doch Wächter auf-gestellt.“

Siebentes Kapitel.

Die Niederlage des Großhirns.

1.

Gerdt Lyman fand das Kasino, wie er es verlassen hatte. Vor dem Sekretariatspult drängten sich die Horden des Ostens, Einlaß heischend. Links lag das ewig offene Bankkontor, bereit, die eine wertlose Baluta gegen die andere umzu-tauschen; zwischen dem Bankkontor und dem Sekretariat lag das ewig offene Verkaufamt mit seinen zwei Einlieferungsfloßen direkt wie latholische Beichtstühle. An den Wänden hingen An-kündigungen von Tennistournieren, Segel-...-ten und Sandburgenkonkurrenzen für Kinder. Auf einer besonderen Affische wurde mitgeteilt, daß die Warmbadeanstalt nunmehr die ganze Nacht bis sechs Uhr morgens offen hielt.

Rings um die Spielstische drängte sich das selbe elegante Publikum wie gewöhnlich. Ueppige Damen mit roten Fingern funkelten von Dia-manten. Dunkle Damen mit seidenen Schnurr-bärtchen irrten zwischen den Einläßern der üppigen

Damen und ihren eigenen. Scharfblickende Männer latsen das gleiche und verstanden plötzlich nicht ein Wort Deutsch. Männer mit sehr kurzem Haar und einem Teint, der von langem Aufent-halt im geschlossenen Raume sprach, saßen scheu zu einigen blaueckelichten Herren hin, die sich nicht am Spiel beteiligten. Daß sie sich nicht am Spiel beteiligten, hatte seinen Grund darin, daß sie Detektive waren. Der russische „General“ Schuwiski wankte mit einem selig verklärten Lächeln umher.

Der alte deutsche Graf, der früher einmal in Monte Carlo gespielt hatte, sah mit einem starren Bargamentlächeln, wie das neue Europa sich amisierte. Ueberall hörte man denselben Ruf: „Das war mein Einsatz!“

„Was fällt Ihnen ein? Das war meiner!“ Gerdt Lyman durchquerte diese Säle, in denen er gekämpft und gelitten hatte und ging in den Balkonsaal. Eine Stimme in seinem Innern hatte geflüstert und gesagt:

Du sollst Bakarat spielen! Bakarat ist etwas ganz anderes als Roulette! Wenn man Roulette spielt, spielt man gegen eine Maschine; einer Maschine gegenüber verliert unsere geistige Ueber-legtheit jede Bedeutung. Bakarat ist etwas ganz anderes. Da gibt das Gehirn den Ausschlag; da wird der Listige den Einfältigen überwinden, da wird der Kaltblütige dem Freigen das Geld ab-nehmen. Gerdt Lyman ließ sich an einem Bakaratstisch nieder, bekam Karten, spielte und gewann. Er gewann mehr, er übernahm selbst die Bank und gewann ziemlich viel. Er brannte vor Erregung, er war von Stolz geblüht. Das war die Belohnung der Kaltblütigkeit; das war die klare Befruchtung der psychischen Ueberlegenheit; das war der Sieg des Großhirns. Plötzlich ließ sich ein kleiner unansehnlicher Mann an dem Tisch nieder. Er hatte einen geteilten Bart und sanfte Girschaugen; er glich dem jungen Abraham. Er übernahm die Bank und setzte mit einer demütigen Bewegung fünfhundert Mark. Das Großhirn

flüsterte: Die sind dein, und Gerdt folgte mit einem Lächeln „Banko“. Er deckte fünf Points auf, Abraham sechs Points; Gerdt Lyman verlor fünf-hundert Mark. Er sagte wieder mit einem neuen Lächeln „Banko“. Er deckte sechs Points auf, der junge Abraham sieben; er verlor tausend Mark. Er sagte zum dritten Male „Banko“ mit einem Lächeln, daß Abraham bedauerte, der seinen Ge-winn nicht beizeiten eingehemmt hatte; er deckte sieben Points auf, Abraham acht; er verlor zwei-tausend Mark. Der junge Abraham ließ die Bank stehen; Gerdt Lyman sagte „Banko“, mit einem Lächeln, das intensiver, aber von gerin-gem Umfang war als sein früheres Lächeln; er deckte acht auf, Abraham deckte neun auf; Gerdt Lyman verlor viertausend Mark. Der ge-teilte Bart und die sanften Girschaugen brühten feinerlei Triumph aus, nur Teilnahme. Gerdt Lyman wurde nun aber müde. Er folgte zum fünften Male „Banko“, er vergaß zu lächeln, er vergaß Kaltblütigkeit und psychischen Magnetis-mus; er hatte Null. Abraham hatte eins. er verlor achttausend Mark. Er bezahlte sie und fühlte in den Taschen nach: knapp tausend Mark war alles, was er übrig hatte. Er konnte die Bank nicht zum sechstenmale übernehmen, und er fluchte — aber wie es sich zeigte, mit Unrecht; denn ein anderer übernahm an seiner Stelle die Bank und verlor sechzehntausend gute Mark. Abraham zog zweihunderttausend Mark ein, mit Augen, die um Entschuldigung baten, daß er auf der Welt war, und verschwand, um die Hütte in Mamre zu bauen.

Gerdt Lyman stand vom Tisch auf, dunkelrot vor Zorn. Dieser Zorn, sagte er zu sich selbst, gilt nicht dem Verlust. Er gilt der psychischen Niederlage. Er war der Kaltblütige, der Stär-kere, der Ueberlegene, er hätte gewinnen können, er hätte gewinnen sollen, er hätte gewinnen müssen, wenn er nur so gespielt hätte, wie es sich gehöre, und da vergißt er sich, nimmt dem Groß-

hirn die Führung ab, ereifert sich und läßt sich von einem ganz inferioren Menschen um Ge-winn und Betriebskapital bringen. Es war er-niedrigend, es war schmutzig: Arier von Tschan-dala besiegt; er ging zu der Bar des Kaffees und trank zwei Doppelskognak. Etwas ruhiger be-gab er sich in den Roulettesaal und stellte sich hin, um dem Spiel anderer Menschen zuzusehen. Je länger er zusah, desto ausschließlicher wurde seine Seele von einem Gefühl durchdrungen: Verachtung. Gab es etwas Lächerlicheres als diesen Anblick? Hier drängten sie sich durcheinander wie Ameisen in einem Haufen, eifrig, ein paar elende Mark an sich zu rasen, außer sich vor Er-regung, wenn sie verloren, heißer vom Schreien: Das ist mein Einsatz! Ich habe gewonnen!

Nach einiger Zeit blieb sein ...-nem Menschen hängen, der in einiger Entfernung mit dem Rücken zu ihm spielte. Er sah nur das Haar des Mannes, seine Haltung und seinen Anzug, aber das war genug, um seine Aufmerksamkeit zu fesseln. Das Haar war lang und eigentümlich geschnitten, aber die Haltung war aufrecht, und der Schnitt des Anzuges tadellos. Endlich ein-mal ein gutgekleideter Mann dachte Gerdt Ly-mann und ein Gentleman, der sich nicht die Finger damit beschmutzen will, bei diesem lächerlichen Spiel selbst zu setzen, sondern sich einen Sklaven hält, der es für ihn tut. Tatsächlich hatte der Mann mit dem blonden Haar zwei Personen in seiner Gesellschaft. Die eine war eine sehr schöne, dunkelblonde, elegante Dame, mit der er hie und da artige Repliken tauschte, der andere ein klei-ner, dunkler, lahllöpfiger Mann. Der Kahl-köpfige hatte ein Protokoll in der Hand. Jedes-mal, bevor die Kugel fiel, trippelte er vor Er-re-gung auf den Behen hin und her. Wenn die Kugel gefallen war und er gewann, zog er vor Staunen die Augenbrauen ganz hinauf. Es war klar, daß das Leben ihn mit Treffern nicht ver-wöhnt hatte. (Fortsetzung folgt.)

Genf.

Die Tagung des Völkerbundes, die in Genf stattfindet, ist vielleicht die bedeutungsvollste seit der Gründung des Bundes überhaupt. Die geänderte Weltlage läßt auch den Völkerbund in anderem Lichte erscheinen. Zwar wird man ihn auch weiterhin mit Vorbehalt beurteilen müssen, da er immer noch nicht alle Völker umfaßt, da ihm vor allem Deutschland, Amerika und Rußland noch fernstehen und weil die jetzigen Satzungen, die Sonderverträge einen so großen Spielraum lassen, nicht geeignet sind, uns im Völkerbund wirklich eine Garantie des Friedens schon zu bieten. Immerhin ist er heute nicht mehr terroristisch von Poincaré und daß anstelle der Vertreter der kapitalistischen Parteien Englands heute der Sozialist MacDonald das britische Reich in Genf vertritt, schafft eine Atmosphäre größerer Vertrauens zu jener Institution, die ursprünglich nur dazu dienen sollte, die durch den Gewaltfrieden von Versailles geschaffenen Zustände zu bewahren. Das Hauptinteresse gilt bei der diesmaligen Tagung dem sogenannten Garantiepakt und der Frage der Sicherheiten, zumal Minister Venes in dieser Frage einen Vorstoß unternommen hat.

Der Garantiepakt war von Frankreich lanciert und sollte weniger der Vermeidung künftiger Kriege als der Sicherung Frankreichs und seiner Vasallenstaaten dienen. Er enthält tatsächlich eine große Reihe bedeutender Mängel. Die für das Schiedsgericht, — das selbstverständlich hat, wer in einem Kriege der Angreifer ist, — verlangte Stimmeneinheitlichkeit dürfte wahrscheinlich im Bedarfsfalle schwer zu erzielen sein und ebenso ist die Zeit von vier Tagen, binnen der die Entscheidung fallen soll, sehr kurz bemessen. Die Frage der Abrüstung ist nur halb gelöst und von der Frage jeweiliger Sicherheiten abhängig gemacht. Das heißt also, es besteht für die Mitglieder des Bundes, die den Pakt nicht unterschrieben haben, gar keine, für die Unterzeichner keine strenge Verpflichtung zur Abrüstung. Das Wesentlichste an dem Garantiepakt ist die Zulassung von Sonderbündnissen. Die einzelnen Vertragssteilnehmer können nach Belieben untereinander Bündnisse schließen, die sie dem Bund zur Registrierung vorlegen müssen. Jene irgendwelche ernsthaften Einschränkungen bestehen für diese Sonderallianzen nicht. Durch diese Bestimmung wird der Völkerbund im Prinzip durchlöchert und neben den Bündnissen der einzelnen Nationen untereinander zu einer Scheingröße degradiert. Der Garantiepakt war ein Werk des nationalökonomischen Frankreich und entsprach ganz den Interessen der großen und kleinen Ententepolitiker.

England war von vornherein gegen den Garantiepakt und schlug eine allgemeine Abrüstung als sichersten Schutz gegen Kriege vor. MacDonald hat nach Schluß der Londoner Konferenz den Abrüstungsplan in erweiterter Form neuerlich zur Diskussion gestellt und vertritt in Genf den Standpunkt, man müsse die Sonderbündnisse abbauen und alle Nationen müßten in gleicher Weise abrüsten. Zwischen dem französischen und dem englischen Plan wird die Völkerbundsversammlung zu wählen haben. Das Resultat wird jedenfalls ein Kompromiß sein, das darin besteht, daß man Sonderbündnisse nicht gerade verbietet, wohl aber durch die Verpflichtung zu allgemeiner Abrüstung ihren Wert einschränkt. Minister Venes, der durch den Zusammenbruch seines politischen Systems, wie er mit den Londoner Abmachungen gegeben ist, ohnehin in eine schwierige Lage geraten ist, fürchtet das Zustandekommen eines Abrüstungsplanes, der wesentliche Forderungen Englands erfüllt und hat daher einen sehr geschickten Vorstoß unternommen. Die der Makler, der die Ware unterbietet, um sie billiger zu bekommen, so greift Venes nicht vielleicht den englischen Plan direkt an, sondern im Gegenteil den französischen Garantiepakt, gegen den er seit zwei Jahren schon hätte Einwendungen machen können. Sein Angriff beachtlichst keineswegs, die wahren Mängel des französischen Vorschlags aufzudecken und den englischen Forderungen Raum zu geben, sondern er will gerade das, was an dem Plane schlecht ist, in unserem Sinne noch um einige Grade schlechter machen. Er will die Verpflichtung zur Abrüstung eingeschränkt wissen und unterlegt zu diesem Zweck den betreffenden Paragraphen des Garantiepaktes (acht, zehn und sechzehn) einen anderen Sinn als man ihnen bisher zuschrieb. Von den entmilitarisierten Zonen, das sind Grenzstreifen, innerhalb derer es keine Befestigungen geben soll, will Venes selbstverständlich nichts wissen und er führt an, daß diese Zonen für einen kleinen Staat viel größere Gefahren bedeuten als für eine Großmacht. Das ist insofern richtig, als die Gefahr natürlich nur dann besteht, wenn der kleine Staat durch eine kriegerische und militärische Politik sich in erste Kriegsgefahr begibt. Venes hat seine Angriffe sehr gut motiviert und es auch verstanden, die keine Entente für seinen Plan zu gewinnen. Sein Ziel dürfte also sein, durch diese radikale Forderung den französischen Plan als gemäßigter erscheinen zu lassen und zu verhindern, daß er durch das Eingreifen Englands verbessert werde.

Es geht also in Genf um eine Reihe sehr wichtiger Fragen. Wenn auch der Völkerbund, wie wir einleitend bemerkten, keine Garantie für die Aufrechterhaltung des Friedens ist, so ist er in der Zeit des Ueberganges immerhin ein Ersatz für eine tatsächliche große Vereinigung aller Nationen und sein: Maßnahmen können, wenn wenigstens ein Teil der Bundesmitglieder den ehrlichen Willen zur Verständigung hat, dazu führen,

daß ein größerer kriegerischer Konflikt in Europa nicht mehr ausbricht. Die Annahme des englischen Planes einer großzügigen Abrüstung und der Einführung eines zwingenden Schiedsgerichtes könnte ein bedeutender Schritt zum dauernden Frieden sein. Es gereicht Herrn Venes keinesfalls zur Ehre, daß er den

Macdonalds Friedensrede.

Deutschland und Rußland müssen in den Völkerbund eintreten. — Schiedsgericht und Abrüstung. — Eine Warnung an die kleinen Nachfolgestaaten.

Genf, 4. September. (Eigenbericht.) Macdonalds Völkerbundsrede ist das Ereignis des Tages und in der Atmosphäre der Versammlung zittert noch lange die Erregung nach. Jeder fragt sich nach der politischen Bedeutung und der Tragweite dieser Rede. Bei den Deutschen berührte am stärksten die herzliche Aufforderung, in den Völkerbund einzutreten. Mit den von MacDonald angegebenen technischen Schwierigkeiten ist vor allem an die Sicherung der Stimmen für die Schaffung eines neuen ständigen Sitzes im Völkerbunde gedacht. Nach Informationen maßgebender Stellen scheint dieser Sitz jedoch schon gesichert.

Viel besprochen wird Macdonalds Warnung an die Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie und ein Passus in der Rede, wonach die durch den Völkerbund erfolgte Auslegung

Genosse Macdonald begann seine Ausführungen, indem er der Völkerbundsversammlung die Versicherung gab, daß die englische Regierung alles unternommen werde, was in ihrer Macht stehe, um den Einfluß und die Autorität des Völkerbundes zu vergrößern.

Macdonald polemisierte dann in längeren Ausführungen gegen den Garantiepaktentwurf des Völkerbundes. Man müsse sich darüber klar sein, was Sicherheit und was Angriff bedeute. Durch Verträge und Pakte, die sich nur auf militärische Garantien stützen, und das Regime der bewaffneten Macht aufrechterhalten, sei der Friede nicht zu sichern. Es würde dadurch vielmehr immer die ständige Gefahr in der Annahme geschaffen werden, der Friede sei nur durch ein Bestehen von Friedensverträgen zu sichern. Er, Macdonald, schlage daher vor, daß ein Forum damit betraut werde, genaue Vorschläge auszuarbeiten und zu prüfen, welche Kompetenzen und welche Instanzen das Schiedsverfahren haben könnte. Er wünsche, daß dabei auch besonders bei dem ständigen Internationalen Gerichtshof die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit ausgebaut werde. Die englische Regierung sei bereit, sich einem Schiedssystem, das geeignet sei, den Frieden zu erhalten, anzuschließen.

Gleichzeitig müsse die Frage der Entwaffnung gelöst werden. Wenn die Kommission mit ihrer Arbeit fertig sei, werde eine internationale Konferenz einberufen werden, deren Voraussetzung wäre, daß sie in Europa stattfindet und daß alle Staaten an ihr teilnehmen. Aus dieser Konferenz könne dann der Frieden hervorgehen. Was den Völkerbund betreffe, der das große Verdienst haben würde, durch die Vorarbeiten dieser Kommission die wirkliche Sicherheit gefördert zu haben, so könnte er sein Ziel nicht erreichen, wenn er nicht alle Staaten mit einschließt.

Deutschland dürfe daher nicht außerhalb des Völkerbundes bleiben. Wir können uns nicht den Zugus erlauben, daß wir ohne Deutschland arbeiten. Keine einzige Frage, die wir hier behandeln, kann gelöst werden mit dem bedrohlich leeren Sitz in der Versammlung. Verhandlungen mit einem isolierten Berlin können keinen Erfolg haben. Die Bande, die durch die Londoner Konferenz neu geknüpft wurden, müssen verstärkt werden durch Deutschlands Mitarbeit im Völkerbunde. Solange wir nicht angehört haben, unsere Feinde als Feinde zu betrachten und uns ihre Mitarbeit nicht zu sichern, ist kein Fortschritt möglich.

Auch Rußland muß herangezogen werden. Rußland hat eine wesentliche Veränderung durchgemacht. Die Verträge, die es gegenwärtig abschließt, beweisen, daß es rasch in die allgemeine Gesellschaft der Nationen zurückkehrt, und daß es auch bereit sein würde, den Platz in einem internationalen System einzunehmen.

Amerikas Lage ist besonders bevorzugt. Es kann sich erlauben, von den europäischen Problemen fernzubleiben. Auch hat die Lage in Europa in den letzten Jahren keine besondere Anziehungskraft auf die Vereinigten Staaten ausüben können. Trotzdem aber hat man die Amerikaner stets gefunden, wenn man ihrer bedürfte und sie haben besonders glücklich auf die Lösung der Londoner Probleme eingewirkt.

Poincarismus, der in London erlebte wurde, mit in Genf wieder erstehen lassen will. Wir Sozialisten können nur hoffen, daß auch die Geister Tagung über das System Venes zur Tagesordnung übergeht und allgemeine Abrüstung und eine Liga der Nationen, die für Sonderbündnisse keinen Raum hat, zum Programm erhebt.

des Abstimmungsergebnisses in Oberschlesien ein Fehler sei, der allgemein einer heftigen Kritik in Europa begegnet sei. Die polnische Delegation hat noch heute mittags eine Konferenz mit MacDonald gehabt; als deren Ergebnis erschien nachmittags ein Komunique, in dem es heißt, daß MacDonald das Ergebnis der obereschlesischen Entscheidung nicht habe kritisieren wollen.

Am späten Nachmittag fand eine vielstündige vertrauliche Aussprache zwischen Herriot und MacDonald statt. Der Widerstand gegen jede Form von Abrüstung ohne gleichzeitige Garantie ist besonders stark bei der kleinen Entente, vor allem bei Polen. Herriot wird nach der hier herrschenden allgemeinen Ansicht mit großen Schwierigkeiten bei Frankreichs Verbündeten im Osten zu rechnen haben.

Macdonald kam am Schluß seiner Ausführungen nochmals auf das Problem der Sicherheit zurück und

warnte nochmals ausdrücklich besonders die kleinen, neu aus dem Kriege hervorgegangenen Staaten davor, sich der gefährlichen Täuschung hinzugeben, daß Pakte und Verträge, die auf militärischen Grundlagen beruhen, Kriege verhindern und ihre Existenz schützen könnten.

Er wiederholte, daß nur eine allgemeine Konferenz auf Grund der Vorarbeiten einer Kommission, in der auch das Faktobjekt der Amerikaner durchberaten werden konnte, den Boden für eine Sicherstellung des Friedens und Verhinderung künftiger Kriege vorbereiten könnte.

Macdonalds Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen. Der Präsident der Versammlung, Motta, dankte Macdonald für seine Ausführungen und vertagte die Sitzung für Nachmittag.

Was ist mit dem Pensionistengesetz?

Eine dringliche Interpellation der Abgeordneten Dr. Czoch, Laub, Grünzner und Genossen an die Gesamtregierung wegen Einbringung der Vorlagen zur Regelung der Bezüge der Staatsbediensteten und Pensionisten besagt:

Im Laufe der Frühjahrstagung wurde wiederholt von der Regierung nachstehender Seite die Zusicherung gemacht, daß noch im Laufe dieser Session die Regelung der immer dringender werdenden Staatsbediensteten- und Pensionistenfragen erfolgen wird. Als das Parlament Ende Juni auf Ferien ging, wurde eine Julitagung in Aussicht gestellt, welche diesem Zwecke dienen sollte. Die Julitagung unterblieb und nunmehr mußten die Staatsbediensteten und Pensionisten mit aller Bestimmtheit die Erfüllung ihrer berechtigten Forderung von der Septembertagung erwarten. Zu unserem größten Erstaunen und Bedauern müssen wir aber feststellen, daß unter den von der Regierung auf die Septembertagung angeforderten Vorlagen die Entwürfe, auf welche die Staatsbediensteten und Pensionisten ihre letzten Hoffnungen gesetzt haben, sich nicht befinden.

Es ist überflüssig über die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer Besserstellung der Staats-

Der englische Gewerkschaftstongreß.

London, 4. September. (Eigenbericht.) Auf dem Gewerkschaftstongreß in Hull wurde mit 3,6 Millionen Stimmen gegen 259.000 die Gewährung von Vollmachten an den obersten Gewerkschaftsrat gebilligt, die praktisch die Möglichkeit eines Streikbeschlusses in die Hände von 32 Personen legen, ohne daß eine vorhergehende Abstimmung notwendig wäre. Der Beschluß erteilt dem Rate die Ermächtigung zur Aufhebung von Umlagen auf andere Gewerkschaften zwecks Unterstützung einer streikenden Gewerkschaft oder anderer Maßnahmen, wenn die betreffende Gewerkschaft nach den Weisungen des Rates gehandelt hat.

Unser Kampf gegen die Teuerung.

Eine in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses eingebrachte dringliche Interpellation der Abgeordneten Dr. Czoch, Schäfer, Diell und Genossen an die gesamte Regierung betreffend Maßnahmen gegen die Teuerung, besagt:

Seit dem Monate Juli dieses Jahres ist ein starkes Ansteigen der Preise zu bemerken.

Wir wissen, daß das Steigen der Preise im Inland zum Teil durch Weltmarktworgänge verursacht ist. Mit umso größerer Aufmerksamkeit muß die Regierung jene Vorgänge verfolgen, welche die Preise in der Erbschloßstaatslei noch über das Weltmarktniveau emportragen, und ihnen entgegenzutreten. Es darf dabei nicht übersehen werden, daß die Preissteigerung auf dem Weltmarkt bereits seit etwa Mitte August zum Stillstande gekommen ist, während die Teuerung im Inlande fortwähret. Die neuerliche Teuerungswelle bedroht alle Lohn- und Gehaltsempfänger mit einer weiteren Verschlechterung ihrer ohnehin auf das notdürftigste eingeschränkten Lebenshaltung.

Die Regierung hat daher die Pflicht, der Spekulation entgegenzutreten und vor allem die Produktionskosten zu verbilligen. Die Kreditpolitik des Bankamtes des Finanzministeriums muß darauf gerichtet sein, den hohen Zinssfuß herabzudrücken. Die Regierung muß aber auch ihre Steuerpolitik, welche in überwiegender Maße auf der Belastung des Massenkonsums aufgebaut ist, einer Revision unterziehen und ferner die versprochenen, aber ganz unzulänglich verwirklichte Herabsetzung der Tarife in wirksamer Weise durchführen.

In allererster Linie aber muß die Regierung dem erstaunlichen Zustande ein Ende machen, daß die Abschließung von Handelsverträgen völlig zum Stillstand gekommen ist, weil eine Regierungspartei die Einführung von Getreidezöllen fordert. Es ist selbstverständlich, daß in der Zeit steigender Getreidepreise weniger als je an die Erfüllung dieser Forderung geschritten werden darf. Vielmehr muß die Einführung von Lebensmitteln möglichst erleichtert werden.

Wir fragen daher die Regierung:

1. Ist die Regierung bereit, die Einfuhr von Getreide und Wahlprodukten sowie der übrigen Lebensmittel völlig freizugeben und das Bewilligungsverfahren für diese Produkte auszugeben?
2. Ist die Regierung bereit, jene Steuern, welche eine Belastung des Massenkonsums bedeuten, also insbesondere die Umsatz-, Kohlen-, Zucker- und Fleischsteuer entsprechend zu ermäßigen?
3. Ist die Regierung bereit, eine wirksame Herabsetzung der Tarife, insbesondere für Lebensmittel, herbeizuführen?
4. Ist der Herr Finanzminister bereit, alles vorzulehren, damit eine Senkung des Zinssfußes herbeigeführt wird?

bediensteten und Pensionisten auch nur ein Wort zu verlieren. Daß die Staatsbediensteten vollkommen unzureichend besoldet sind und daß die Pensionisten, insbesondere die Altpensionisten im größten Elend leben, wird von niemandem bestritten. Die Regierung wird daher nicht länger zögern dürfen, endlich an die Lösung dieser immer brennender werdenden Frage zu schreiten.

Wir fragen daher die Regierung:

1. Ist die Regierung bereit, die Regelung der Bezüge der Pensionisten noch in dieser Session durchzuführen und so den einstimmigen Beschluß des Abgeordnetenhauses vom 30. November 1923 endlich zu erfüllen?
2. Ist die Regierung bereit, noch in dieser Session die unumgängliche Reform des Gesetzes vom 20. Dezember 1922 durchzuführen?
3. Ist die Regierung bereit, noch in dieser Session ein Offiziantengesetz vorzulegen, durch welches die dringlichsten Bedürfnisse dieser Angestelltenkategorie befriedigt werden?

Spaniens Debatel in Marokko.

Es geht der Diktatur an den Kragen. Madrid, 4. September. (Havas.) Eine Note des Direktors erklärt, daß im Hinblick auf die Lage der spanischen Truppen in Marokko keine Schädigung der Autorität der Regierung und der Moral des Heeres gebildet werden wird.

Paris, 4. September. (Eigenbericht.) Die spanische Regierung erwägt neuerdings ernstlich die Zurückziehung ihrer Truppen aus Marokko. De Ribera ist der Meinung, daß die Gelegenheit zu einem „ehrenvollen Rückzug“ gesucht werden müsse. Die letzten Nachrichten aus Marokko sind ausnahmslos ungenügend. Die Eingeborenen haben in den letzten Tagen mehrere spanische Stützpunkte gewonnen.

Die Pariser Finanz gegen die deutsche Anleihe?

Paris, 4. September. (Havas.) Nach einer Meldung des „Journal“ hatte der Finanzminister eine wichtige Beratung mit dem Vertreter der Morgandbank bezüglich der Emission der deutschen Anleihe. Das Blatt erfährt hierzu, die Pariser Finanzkreise hätten eine Beteiligung an der Anleihe abgelehnt.

Gefangenenaustausch zwischen Russland und Polen.

Warschau, 4. September. Auf Grund eines Beschlusses des Ministerrates wird in der nächsten Zeit zwischen Polen und Sowjetrußland der Austausch von politischen Gefangenen erfolgen. Mehrere Hundert in polnischen Gefängnissen befindliche Kommunisten sollen für die in Rußland verhafteten Polen ausgetauscht werden.

Die Wirren in China.

Shanghai, 4. September. (Reuter.) Heute kam es zu scharfen Kämpfen zwischen den Truppen des Militärgouverneurs von Tschiang u. des Gouverneurs von Kuangsu, und zwar bei Kuangsu, 12 Meilen von Shanghai. Die angreifende Partei von Kuangsu, welche mit 10.000 Soldaten gegen 2000 Mann starken Truppen von Tschiang vorrückte, sollen sich auf dem Rückzuge befinden. Die Verluste sollen bedeutend sein.

Shanghai, 4. September. (Reuter.) Geschütze großen Kalibers wurden auf den Befestigungen von Woosung angebracht, da ein Angriff der Flotte, die oben in Ning-Po stationiert, erwartet wird. Zahlreiche fremde Schiffe ankern auf hoher See von Woosung.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

New York 100 Kr	Dollar 2,90-97
Berlin 100	Schweiz. Frank 15,90-00
Paris 1	Mark 126,950,000,000-00
Wien 1	Österr. Kronen 2,135-00

Prager Kurse am 4. September.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1314,00 00	1330,00 00
1 Billion Frank	8,01 25	8,21 25
100 belg. Frank	170,25 00	171,75 00
100 schweiz. Frank	941,00 00	944,00 00
1 Pfund Sterling	152,15 00	153,55 00
100 Lire	149,50 00	151,00 00
1 Dollar	33,95 00	34,25 00
100 franz. Frank	151,25 00	152,75 00
100 Dinar	45,95 00	45,5 00
10.000 ungar. Kronen	4,20 00	4,70 00
100 poln. Hlotz	652,75 00	658,75 00
10.000 österr. Kronen	4,70 25	4,90 25

Tages-Neuigkeiten.

Neues vom Antischimmel.

Der sozialdemokratische Wahlverein in Braunau hat vor kurzer Zeit über Auftrag der politischen Bezirksverwaltung seine Statuten ändern müssen, weil diese jedenfalls der Behörde nicht mehr zeitgemäß genug erschienen. Erst nach der zweiten Einreichung der Statuten erhielt der Wahlverein dann die höchstämthliche Bewilligung der Statutenänderung. Diese Bewilligung ist nun wohl das Gelingenste, was sich die politische Landesverwaltung in Prag einem politischen Verein gegenüber je geleistet hat. In der Bewilligung heißt es nämlich:

„... Der Verein ist selbstverständlich auch nach den abgeänderten Statuten ein nichtpolitischer Verein und darf weder eine politische Tätigkeit entwickeln noch an einer solchen teilnehmen.“

Der Paragraph eins der abgeändert bewilligten Statuten beginnt jedoch mit den Worten:

Der Zweck des Vereines ist, die Verbreitung politischer Bildung und sozialistischer Grundsätze sowie die stete Wahrung und Förderung der politischen, wirtschaftlichen und genossenschaftlichen Rechte und Interessen seiner Mitglieder.

Wenn dann in den Statuten noch angeführt wird, daß dieser Zweck durch politische Vorträge, öffentliche Versammlungen usw. erreicht werden soll, so ist wohl das Politikum des Wahlvereines genügend gekennzeichnet. Trotzdem heißt es in der behördlichen Bewilligung dann weiter nochmals — wohl mit Bezug auf das Verbot der politischen Tätigkeit:

Die Entfaltung irgendwelcher Tätigkeit, welche außerhalb des statutenmäßigen Wirkungsbereiches des Vereines liegt, ist überhaupt ausgeschlossen.

Wenn sich die politische Landesverwaltung jetzt selbst noch auskennt, so verfügen ihre Organe über ein überragend hohes Maß von Intelligenz. Es ist jedoch zu befürchten, daß der bureaukratische Schimmel an Gehirnerweichung bereits chronisch zu laborieren beginnt.

Erbauliches aus der kommunistischen Diskussion. Der Reichsberger „Vorwärts“ berichtet über eine kommunistische Parteiverammlung für die Lokalorganisation Ruppertsdorf und Rudolfsthal, die kürzlich stattfand, unter anderem folgendes:

Nach einer langen Debatte wurde mit 11 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen die Resolu-

tion der Reichsberger Bezirkskonferenz angenommen, jedoch wurde der Satz, welcher sich mit der Faltung der Redaktion des „Vorwärts“ zur Parteidiskussion einverstanden erklärt, gestrichen. Die Genossen verlangen, daß gegen jede persönliche Note in der Diskussion entschieden eingegriffen wird.

Es scheint uns nicht notwendig, diesen Bericht besonders zu kommentieren. Aus ihm geht hervor, daß in Ruppertsdorf und Rudolfsthal zusammen, die beide — insbesondere das erstgenannte — große Industrieorte im Reichsberger Gebiete sind und die fast durchwegs Arbeiterbevölkerung besitzen, wohlgeachtete sechzehn Mann das brennende Bedürfnis empfunden haben, an der „Parteidiskussion“ teilzunehmen. Diese Tatsache kennzeichnet die kommunistische Bewegung und auch die jetzt stattfindende Diskussion zur Genüge, die, wie übrigens auch aus einer in derselben Nummer des „Vorwärts“ abgedruckten Faltung der Redaktion der Kommunisten hervorgeht, sehr stark persönlich, nicht „in genossenschaftlicher Form“ geführt wird und allseits „Mißbehagen“ hervorruft.

Der Jude als Kronzeuge des Nationalismus. Gelingenlich zieht es der Duzer „Tag“ vor, statt mit dem gewohnten groben Geschütz zu schießen (unter den Geschossen spielt das Wort „Dred“ eine erste Rolle), uns in belehrender Weise Ratsschläge zu erteilen. So bringt er den Auspruch eines amerikanischen Gewerkschaftlers über die Schäden des Internationalismus unter folgender sojünglicher Einleitung:

Der deutsche Sozialdemokrat ist ungeheuer stolz auf seine Verleugnung jedes Volks- und Vaterlandsgedankes. Er will durchaus kein Deutscher, sondern ein internationaler Allermenschen sein. Er ahnt gar nicht, wie er sich in den Augen ausländischer Arbeiter verächtlich macht. Denn überall in der Welt gilt derjenige, der nicht treu zu seinem Volke hält, als schlos. Das mögen sich unsere Sozialdemokraten von dem Führer der amerikanischen Gewerkschaften bestätigen lassen, der — offenbar im Sinne der Wehrheit der amerikanischen Arbeiter — dieser Tage folgendes erklärte:

Und nun folgt die lendenhafte Erklärung des amerikanischen halsbürgerlichen Gewerkschaftlers Samuel Compers, dessen Name das Blatt schonhaft verschweigt. Es gehört schon die Gesinnungslosigkeit des „Tag“ dazu, einen Mann, den man uns, wenn er Marx ist wäre, als Vertreter des „internationalen Judentums“ vorzuführen würde, als Vorbild im Nationalismus zu zeigen.

Dr. Hugo Stark gestorben. Wie der „Volkswille“ berichtet, ist in Karlsbad Mittwoch Abend Dr. Hugo Stark im 55. Lebensjahre gestorben. Dr. Stark war in früheren Jahren ein sehr tätiges Mitglied unserer Bewegung, die er aber später verließ. Für die Verdienste, die er sich insbesondere in den neunziger Jahren um die sozialdemokratische Partei erworben, bleibt ihm ein gutes Andenken gesichert. Sein Leichnam wird in Brüx eingeschifft werden.

Ein appetitlicher Theaterzettel. In der Mittwochnummer der „Prestburger Zeitung“ wird folgendes Repertoire des Slovakiischen Nationaltheaters veröffentlicht: Mittwoch, den 3. d. Simacek's Spiel „Die andere Lust“, Donnerstag, den 4. d. Biscusis „Ein Jahr auf dem Dorfe“, Freitag, den 5. d., Hennequin und Weber: „Die Frau Präsidentin“, Samstag, den 6. d. Verdis große Oper „Aida“. Mittwoch, 3. September: Erdäpfelsuppe, Rindfleisch, Leber und Blutwürste, Krautgemüse, Mohndudeln. — Wir wissen nun nicht, ob die für Mittwoch angekündigte Vorstellung, die anstatt das geistige, einmal das leibliche Wohl des Publikums fördern sollte, in der Zeit der allgemeinen Teuerung bei gewöhnlichen oder bei erhöhten Preisen stattgefunden hat. Wenn hier der Seher der Prestburger Theaterdirektion hätte werden, daß sie den Schläger der Saison getroffen hat, so macht man volle Häuser: Leberwürste, Blutwürste! Der Mund wird einem wässerig...

Hauptversammlung des Verbandes der selbstverwaltenden Körper. Die diesjährige ordentliche Hauptversammlung des Verbandes findet zufolge Beschlusses des Vorstandes am 4. und 5. Oktober 1924 in A ussig a. Gbe statt. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Berichte über die Kriegsanleihefrage (Berichterstatter Dr. Lodgman), über Gemeindefinanz- und Steuererhebung (Berichterstatter Bürgermeisterstellvertreter Genosse Leopold Bözl-Auffig), über die geplante Bezirks- und Gaubersammlung (Berichterstatter ein deutscher Landesauschuhdehler) ferner ein Vortrag über die Grenzen der Polizeigewalt.

Der Schwindel mit den Preisauschreibungen. Die Tatsache, daß auch bei uns in der letzten Zeit verschiedene Firmen sogenannte Preisauschreibungen durchführen wollen, die keinen andern Zweck verfolgen, als dem Publikum das Geld aus der Tasche zu ziehen, hat bekanntlich bereits die Behörden auf den Plan gerufen. Zur Warnung unserer Leser geben wir das Beispiel eines solchen Preisauschreibens und seiner Durchführung wieder, über das die „Frankf. Zeit.“ schreibt: Die Firma Berthold Meyer, Export-Abteilung Hamburg, hat in mehreren Berliner Zeitungen ein Preislibentärfel inseriert und als Preis insgesamt 20.000 Mark ausgesetzt. Jeder Bewerber hatte eine Rentenmark einzusenden und sollte dafür ein „A-Spiel“ nach dem Schluß des Preisauschreibens erhalten. Das Resultat liegt nun vor. Es sind 16.965 Lösungen eingegangen, darunter 383 falsche. Da nun aber die Preise

unter der Bedingung ausgesetzt waren, daß sich mindestens hunderttausend Personen daran beteiligen, konnten nur, prozentual reduziert, 3430 Mark als Gewinne zur Verteilung. In besonderer Robesse gewährt die Firma außerdem noch 170 Mark „freiwillig“ als Trostpreise. Das „A-Spiel“ besteht aus einigen Pappschmitten, die zu einem A zusammengesetzt sind und in einer Papierhülle stecken. Ihr Herstellungswert beträgt einige Pfennige. Die Firma hat also mit ihrem Preisauschreiben einen Reingewinn von über 13.000 Mark gemacht — ein lukratives Geschäft! Erstaunlich ist dabei, so bemerkt das genannte Blatt, außer der Leichtgläubigkeit des Publikums die Handlungsweise der Rechtsanwältin, die sich zu Protokollführern bei diesem Geschäft hergeben.

Eine Niederlage der Prestburger Christlich-sozialen. Die Scharfmacher im Prestburger Gemeinderat wollten um jeden Preis durchsehen, daß die Stadt als Arbeitgeber in den Verband der Großindustriellen eintrete. Der Zweck ist leicht zu erraten: Man braucht den Unternehmerverband, um die städtischen Arbeiter zu knebeln und wirtschaftlich zu schädigen. Die Christlichsozialen setzten sich mit ganzer Kraft ein, die Stadt in die Reihe der Mißgeher des Unternehmerverbandes zu bringen, aber sie hatten damit kein Glück; denn der Gemeinderat hat beschlossen, die Löhne der städtischen Arbeiter im Oktober endgültig zu regeln und verlangt Verzichtserstattung darüber, welche Vorteile der Verband der Scharfmacher der Stadt bringt und welche Nachteile daraus zu erwarten sind. Die Christlichsozialen mußten also mit langer Nase abziehen.

Eine Viertelmillion verschwunden. Die Prestburger Eisenbahndirektion hat noch im Jahre 1921 der Stadt Prestburg den Betrag von 253.000 Kronen überwiesen und hat bis jetzt bereits sieben Mal verlangt, daß man ihr die Liebernahme beständige. Bis heute konnte die Stadt diesem Ansuchen nicht entsprechen, da niemand weiß, wo dieses Geld hinkam, wer es übernahm und wo es verbucht ist. Das Geld hat die Stadt angeblich und vermutlich an Frachtgebühren zu viel eingezahlt, aber man weiß nicht, wann dies geschah. Man nimmt an, daß dies wahrscheinlich bei einer Pflastersteinlieferung der Fall war. Die Prestburger Bürgermeister bemühen sich persönlich in diese peinliches Aussehen erregende dunkle Geschichte Aufklärung zu schaffen, was ihnen aber bis jetzt nicht gelungen ist. Langsam setzt sich der Gedanke fest, daß diese große Summe Geldes vielleicht gar unterschlagen wurde. Auffassend ist, daß die bürgerliche Presse, die sonst das Graue wachsen hört, über diesen unerhörten Fall schweigt, was zu der Meinung Anlaß gibt, daß wahrscheinlich eine Person damit in Verbindung steht, über die man aus gewissen Gründen nicht so schnell den Strich brechen will.

Neubauüberfall auf dem Bahnhof in Raaden. Montag nachts wurden die beiden Postangestellten Franz König und Ferdinand Beer am Bahnhof der Station Raaden-Brunnersdorf in dem Momente überfallen, als sie die Post aus dem von Eger kommenden Zuge übernommen hatten. Kurz vor der Abfahrt des Zuges sprangen hinter dem Postwagen zwei kräftige Männer hervor, von denen der eine König niederschlug, ohne ihn gefährlich zu verletzen und der andere den Beer im Rücken faßte und niederriß; sie raubten den sieben Kilogramm schweren Postbeutel und schlühten sodann in der Richtung gegen das Gütermagazin, ohne daß man ihrer habhaft werden konnte. Da der Postbeutel kein Geld, sondern nur Briefpost enthielt, dürfte der Schaden nicht zu groß sein.

Das fiebernde Kind geprügelt. Wie die Wiener Blätter melden, hat im Wiener Franz Josef-Spital eine Schwester, deren Namen Fidefonja darauf schließen läßt, daß es sich um eine Nonne handelt, ein fünfjähriges fieberndes Kind, das an Lungenspitzenentzündung leidet, geprügelt, weil es das Bett genäht hat. Dafür wurde es so geschlagen, daß ein Polizeiarzt Saue fieden feststellen konnte. Obwohl die Sache sich schon vor zwei Monaten abspielte, ist doch gegen die schlagfertige Braut Christi bisher nichts unternommen worden.

Die Minenexplosion im Rüterboger Lager. Im beschleunigten Gerichtsverfahren wurde vor dem Amtsgerichte Rüterbog (Brandenburg) gegen die an der Minenexplosion im Rüterboger Lager schuldigen Unteroffiziere Krause und Winkel verhandelt. Krause hatte unter anderem einem Rekruten eine Mine in den Tornister gesteckt; abends legten beide Angeklagten die Geschosse unter ihr Bett. Als Rekruten die Minen fanden, erfolgte eine Explosion, die zwei Mann tötete und eine Anzahl verletzte. Krause wurde zu einem Jahr Gefängnis, Degradation und Dienstentlassung, Winkel nur wegen Ungehorsam zu 14 Tagen Mittelarrest verurteilt.

Die Berliner Gewerkschaftsführer bei Calles. Wie der Berliner „Vorwärts“ berichtet, empfing Mittwoch der gegenwärtig in Berlin weilende mexikanische Präsident Calles die Spitzen der Berliner Gewerkschaften.

Wiedererschienen der Berliner „Roten Fahne“. Die Berliner „Rote Fahne“ ist gestern morgens nach dreiwöchigem Verbot wieder erschienen.

Blutiges Familiendrama in München. Nach einem Bericht des „Total-Anzeiger“ aus München hat sich dort in der vergangenen Nacht in der Klenzestraße ein Familiendrama abgespielt. Gegen 2 Uhr nachts hörten Hausbewohner plötzlich Schüsse fallen. Am Morgen fand man in der Wohnung des Poststermöbel-Gesellschaftsinhabers Bogt diesen und seine zehnjährige Tochter mit Kopfschußverletzungen bewußtlos auf. In einer anschließenden Kammer lag der elf Jahre alte Sohn auf dem Divan mit einem Kopfschuß, die

Chefrau kniete tot vor diesem Knaben, den Revolver noch in der Hand, während der 16jährige Sohn neben der Mutter lag; auch er hatte einen Revolver in der Hand. Man nimmt an, daß die Frau, die sich wegen Familienstreitigkeiten scheiden lassen wollte, zuerst auf ihren schlafenden Sohn geschossen hat, während der ältere Sohn mit ihrem Fingerstandnis die Mutter, die Geschwister und sich selbst tötete oder hat töten wollen. Der schwerverletzte Mann starb im Krankenhaus, während das Mädchen noch in Lebensgefahr schwebt.

Die Straßenbahn als Erzieherin. Ein Zeugnis für die kapitalistische Denkweise, die den Schwächeren immer unbedingt in den Dienst des Stärkeren stellt, legt eben die Direktion der Berliner Straßenbahn ab. Sie hat einen Erlaß hinausgegeben, nach dem Kinder, die auf der Straßenbahn mit Kinderfahrtscheinen fahren, Erwachsene ohne weiteres den Sitzplatz einzuräumen haben. Mädchen über 10 Jahre gelten als Damen und brauchen ihren Sitz nicht zu räumen. Welchen Unsinn hat dieses alte Fabelweibchen da ausgearbeitet. Den Kindern bis zu zwölf Jahren sollten im Gegenteil die Erwachsenen (Mutter und Väter) ausgenommen) ihre Plätze im überfüllten Wagen einräumen, weil sie zu klein sind, sich an den Riemen anhalten zu können und darum größerer Gefahr ausgesetzt sind. Dagegen wären die Kinder über zwölf Jahre, ob sie nun „Damen“ oder „Herren“ sind, dahin zu erziehen, daß sie, soweit sie schon so groß sind, daß sie sich an den Lederiemen anhalten können, ohne weiteres Kindern, dann aber alten Personen, Kranken, Gebrechlichen, Schwerbeladenen, schwangeren Frauen oder Müttern mit Kindern, den Platz einzuräumen haben. Das werden besser Schule und Haus beforgen, die verantwortlichen Erzieher der Kinder, aber die geachtete Direktion der Berliner Straßenbahn möge gütigst ihre Hand von der Erziehung lassen. Diese Hilfsbereitschaft gegen alle Schwächeren dürfen sich übrigens nicht nur die zwölfjährigen „Damen“ und „Herren“ zu eigen machen, sie ist allen jüngeren Jahrgängen zu empfehlen, dann wird das dumme Plagmachen aus „Galanterie“ mehr und mehr verschwinden und die soziale Hilfsbereitschaft wird der einzige Beweggrund sein.

Fieselkäufe als Pestträger. Im Dongebiet sind, dem Ost-Expreß zufolge, Scharen von Fieselkäufen festgestellt, die Pestträger sind. Sie dringen längs der Eisenbahnlinie von Wladikawkas vor und erschweren die Bekämpfung der Pest in Vorgrünis erregender Weise.

Die britische Reichsausstellung ein schlechtes Geschäft. Die britische Reichsausstellung in Wembley ist, wie sich nunmehr herausgestellt hat, ein ungeahnter finanzieller Mißerfolg geworden. Die Kommissionen haben mit großer Entschiedenheit den Vorschlag zurückgewiesen, der eine Wiedereröffnung der Ausstellung im nächsten Jahre bietet. Die Ausstellung wird vielmehr in der letzten Oktobertwoche endgültig geschlossen werden. Wenn wenigstens die Kosten gedeckt werden sollen, müßten sich in dieser Zeit noch 18 Millionen Besucher an den Kassen einfinden, was gänzlich ausgeschlossen ist.

Die Ueberschwemmungen in Rhein-Pfaffen nach neuen Meldungen von Tag zu Tag zu Die Getreideernte ist dort teilweise vernichtet. Man befürchtet, daß die Kartoffeln im Boden verfaulen. Die zahlreichen Regenfälle der letzten Wochen haben den oberirdischen Pfüssen so viel Wasser zugeführt, daß stellenweise zahlreiche Flächen unter Wasser stehen.

Nach 17 Jahren aus dem Zuchthaus entlassen. Nach einer Meldung aus Karlsruhe ist der Rechtsanwalt Hau, der vor 17 Jahren wegen Ermordung seiner Schwiegermutter zum Tode verurteilt und zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wurde, aus dem Zuchthaus von Bruchsal entlassen worden. Seine Schuld wurde bisher von ihm bis zuletzt bestritten.

Die Schlafkrankheit in Japan. Die Schlafkrankheit, die in England in den letzten Jahren so schwere Opfer gefordert hat, ist gegenwärtig auch in Japan verbreitet. Wie aus Tokio berichtet wird, leiden in den Dörfern Gentsuji und Kotohira auf der Schifoku-Insel 700 Personen an der rätselhaften Krankheit, und die Seuche hat bereits 300 Todesopfer gefordert. Im ganzen hat man bisher in Japan 2500 Fälle in den letzten 14 Tagen gezählt, darunter 900 Todesfälle.

14 Tonnen Dynamit explodiert. Nach einer Blättermeldung aus La Paz (Bolivien) ist ein Pulverturm mit 14 Tonnen Dynamit in Tepiza in die Luft gesprungen, wobei 15 Personen getötet wurden.

Hinrichtung einer Frau in China. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ wurde in Chersu in der Provinz Schantung ein weiblicher Bandit hingerichtet. Sie hieß die alte Mutter Giese und war als besonders grausam berüchtigt. Man wählte die Hinrichtungsort „Sing-Tse“, die als die größte chinesische Kartier gilt. Sie besteht in einer Division, die so ausgeführt wird, daß das Opfer trotz des Blutverlustes und der Schmerzen erst nach einem fürchterlichen Todeskampf nach zwei Stunden den Geist aufgibt. Die hingerichtete Frau war 47 Jahre alt. Unter ihrem Kommando standen mehrere hundert Abenteurer und Verbrecher. Im letzten Jahre ihrer räuberischen Unternehmung überfiel sie mit ihrer Bande ein Dorf. Diefem Streifzug fielen zahlreiche Einwohner, darunter sechzig Frauen und Kinder, zum Opfer.

Die Erschießung von Rowaja Semlja. Die lange vorbereitete russische Expedition zur genauen Erforschung der Insel Rowaja Semlja und Feststellung ihrer natürlichen Reichtümer und deren Ausnutzungsmöglichkeiten ist nun von Archangel auf „Tuscha“ zur Verfügung steht, wird vom Professor Matusewitsch geleitet.

Wetterübersicht vom 4. September. Unter Einwirkung eines südlichen Tiefdruckes herrschte in der ganzen Republik schlechtes Wetter. Mittwoch ist es zu neuerlichen Gewittern und Regengüssen gekommen. Donnerstag ist es überall regnerisch, mit Ausnahme von Westböhmen. Die größten Niederschlagsmengen meldet Troppau mit 21, Kaschau und Raasdorf mit 12 Millimeter. Die Druckverteilung ist in den Grundzügen unverändert. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Vorwiegend bewölkt, zeitweilige Schauer, kühl, später vom Westen Abnahme der Bewölkung und Niederschläge.

Volkswirtschaft.

Die Teuerung.

Die Weltweizenernte. Die statistische Veröffentlichung des Internationalen landwirtschaftlichen Instituts in Rom bringt für den Monat August zuverlässige Angaben über die Weizenernte, die nach den widersprechenden Berichten über die amerikanische und kanadische Ernte besonders beachtenswert sind. Die Weizenernte Europas beträgt unter Ausschaltung der bisher unbekannteren Weizenernte Deutschlands, Russlands, Frankreichs, Rumaniens, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei 144 Millionen Doppelzentner, das heißt 16,4 Prozent weniger als die Ernte dieser Länder im vergangenen Jahr. Die vorjährige Ernte hat aber den Durchschnitt der Jahre 1918 bis 1922 weit übertroffen, dagegen dürfte die diesjährige Ernte diesem Durchschnitt ungefähr entsprechen. Die Ernte Kanadas beträgt 76,8 Millionen Doppelzentner, das heißt nur 60 Prozent der vorjährigen Rekordenernte, sie ist aber trotzdem um 4,8 Prozent höher als der Durchschnitt der Jahre 1918 bis 1922. Die Ernte der Vereinigten Staaten beträgt 160 Millionen Doppelzentner und ist um drei Prozent höher als im Vorjahre. (In den von der Spekulation verbreiteten Berichten wurde immer von einem beträchtlichen Rückgang gesprochen!) Sie bleibt demnach um 5,7 Prozent unter dem Durchschnitt 1918 bis 1922. — Die Weizenernte Indiens beträgt 99,1 Millionen Doppelzentner, 2,3 Prozent weniger als im Vorjahr, dagegen ist sie um 10 Prozent größer als der Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Die Weizenernte für den Weizenpreis sind gegenüber dem Durchschnittspreis im Jahre 1913 (1913 gleich 100) am 8. August in Kanada 169, in Chicago 144, in Buenos Aires 182. Auf den Einfuhrmärkten betragen die Weizenernte in Berlin 96,3, in Paris 385,1, in Mailand 411,6.

Der Großhandelsindex für den 1. August 1924.

Der Index der Großhandelspreise, welcher am 1. März 1924 auf 1036, — eine seit November 1922 nicht erreichte Höhe — gestiegen ist, sank in den nachfolgenden Monaten beständig bis auf 965 am 1. Juli 1924. Das nunmehrige neuerliche Steigen vom 1. August 1924 auf 997 bedeutet gegenüber dem Vormonate eine Preis-erhöhung von 3,3 Prozent bei Zugrundelegung der Preise vom Juli 1914 und von 4,2 Prozent bei Zugrundelegung der für den 1. Juli 1924 erhobenen Preise. Die Nahrungs-, Genuss- und Futtermittel stiegen im Durchschnitt genommen, im Vergleich zum Vormonate, bedeutender — um 7,3 Prozent — als die Industriestoffe und -Erzeugnisse, deren Aufwärtsbewegung nur unbedeutend ist (plus 0,7 Prozent). Die eingeführten Waren stiegen durchschnittlich um etwas mehr (plus 4,5 Prozent) als die einheimischen (plus

4,1 Prozent). Hierbei behielten die Industriestoffe und -Erzeugnisse den Stand der Preise vom Vormonate genau bei, die eingeführten stiegen um 3,2 Prozent; bei den Nahrungs-, Genuss- und Futtermitteln sind folgende Preisänderungen eingetreten: plus 5,5 Prozent (eingeführte Ware), plus 7,8 Prozent (einheimische Ware). Die Gruppe der vegetabilischen Nahrungsmittel weist die stärkste Preissteigerung auf, plus 21,2 Prozent. Sämtliche in dieser Gruppe beobachteten Waren zogen, außer Erbsen, im Preise an, und zwar: neue Kartoffeln plus 119,6 Prozent (diese hohe Preissteigerung ist allerdings dadurch zu erklären, daß im Index des Vormonates die alten Kartoffeln einbezogen waren). Weizen plus 27,4, ausländisches Weizenmehl plus 24,8, inländisches plus 15,9, Hafer plus 14,5, Gerste plus 13,1, Roggen plus 11,7, Roggenmehl plus 9,3, Weizen 6,9, Graupen 6,1, Reis 3,4 Prozent. Die Preise der Gruppe der animalischen Nahrungsmittel stiegen weit weniger (plus 2,9 Prozent) als die vorhergehende Gruppe. Verteuert haben sich nachstehende Nahrungsmittel: Butter plus 12,7, Eier plus 9,6, Schweinefleisch plus 7,4, Schweinefleisch plus 7,2, Margarine plus 3,5, Rindfleisch plus 3,4, Schinken plus 2,3 Prozent. Verbilligt haben sich Kalbfleisch um 4,0 und Schöpfleisch um 16,4 Prozent. Von den weiteren, in die vorhergehenden zwei Gruppen nicht einbezogenen Nahrungsmitteln, stiegen noch die unverarbeitete Rohfinade plus 5,6 und Kaffee 3,8 Prozent. Außerdem verteuerte sich noch Malz plus 3,4 Prozent; es verbilligten sich: Hopfen um 8,3 und von Futtermitteln Heu um 9,1 und Stroh um 10 Prozent. Von den Metallen stieg Kupfer um 6,1 und verbilligte sich Blei um 2,2 Prozent. Unter den Textil-Rohstoffen und -Gallfabrikaten verteuerten sich Rohbaumwolle um 1,8, überseeische Wolle um 3,7 und Aule um 6,0 Prozent; es verbilligten sich Baumwollgarn um 1,4, sowie auch Seide und Glas, beide um 2,2 Prozent. Von den weiteren in den Index einbezogenen Industriestoffen und -Erzeugnissen stiegen im Preise: Zellulose um 7,4, Petroleum um 4,2, Maschinenöl um 2,6, weiches Holz um 1,8 und Rohleder um 0,8 Prozent; im Preise sank hartes Schnitzholz um 9,5 Prozent.

Internationale genossenschaftliche Beratungen in Gent.

Vor Stattfinden des internationalen genossenschaftlichen Kongresses fand in Gent eine internationale Genossenschaftsschule statt, die 65 Teilnehmer aufwies und fünf Tage dauerte. Am 29. und 30. August tagte die internationale genossenschaftliche Frauenkonferenz, an der sich 120 Delegierte beteiligten, ferner fand eine internationale Konferenz zur Gründung einer Genossenschaftsbank statt, an der sich 25 Delegierte beteiligten. Es wurde prinzipiell der Beschluß gefaßt, eine internationale Genossenschaftsbank in London zu gründen. Zur Vorbereitung dieser Gründung wurde ein internationaler Bankauschuß gewählt. Am 30. August fand eine Konferenz statt, die der Gründung einer internationalen Rückversicherungsgesellschaft galt. Am 31. August wurde ein großes Fest zu Ehren des 50jährigen Genossenschaftsjubiläums des Genossen Eduard Aysel gefeiert.

Daten über die Bergbauproduktion in der Tschechoslowakischen Republik im Jahre 1923 sind veröffentlicht in Nummer 6869 der „Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes“. Ihnen zufolge standen im erwähnten Jahre 443 Gruben

im Betriebe (hievon 147 Steinkohlen-, 231 Braunkohlegruben). Der Gesamtwert der im Jahre 1923 geförderten Mineralien betrug 3.279.007.496 K, hievon entfielen 1.963.964.711 Kronen auf Steinkohle (95,89 % der gesamten Förderung), 1.175.195.786 K auf Braunkohle (35,84 % der gesamten Förderung), 54.793.710 K (1,67 %) auf Salz, 52.415.887 K (1,60 %) auf Eisenerz, 12.975.150 K (0,40 %) auf Rohöl, 11.004.549 K (0,34 %) auf Silbererz, 2.134.956 K (0,06 %) auf Gold. Es wurde im ganzen gewonnen: 162.655.298 Zentner Braunkohle, 123.472.513 Zentner Steinkohle, 6.751.852 Zentner Eisenerz, 1.340.803 Zentner Salz, 182.939 Zentner Silbererz, 139.430 Zentner Gold. Die bei der Bergbauproduktion verwendeten Materialien stellen einen Wert von 755.126.810 K dar. Beim Bergbau waren 127.783 Arbeiter und Ausschere beschäftigt; von diesen entfielen 56,34 % auf die Steinkohleerzeugung, 36,02 % auf Braunkohleerzeugung, 3,02 % auf Eisenerzgewinnung, 1,88 % auf Silbererzgewinnung.

Ueber die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften mit Ausnahme der Kreditgenossenschaften in den Jahren 1921 bis 1923 veröffentlicht das Statistische Staatsamt in Nr. 67 seiner „Mitteilungen“ detaillierte Angaben, nach welchen es am 31. Dezember 1921 in Böhmen, Mähren und Schlesien 6215 Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften — mit Ausnahme der Kreditgenossenschaften — gab (4795 mit tschechischer, 1420 mit deutscher Geschäftssprache). Im Jahre 1922 erhöhte sich ihre Anzahl auf 6344 (4858 tschechische, 1486 deutsche), im Jahre 1923 betrug sie 6241 (4750 tschechische, 1491 deutsche). Von den letztangeführten entfielen die meisten, u. zw. 2211 (gegen 1960 im Jahre 1921) auf die landwirtschaftlichen Genossenschaften, außerdem gab es 1519 gewerbliche Genossenschaften (im Jahre 1921 1600), 1180 Konsumgenossenschaften (im Jahre 1921 1470), 1258 Bau- und Wohnungsgenossenschaften (im Jahre 1921 1119), 18 sonstige Verbrauchergenossenschaften (im Jahre 1921 18) und 55 gemeinnützige Genossenschaften (im Jahre 1921 48). Außer den oben angeführten Genossenschaften, die im Jahre 1923 in Tätigkeit waren, waren noch 1000 (872 tschechische und 128 deutsche) Genossenschaften in Liquidation oder Konkurs.

Kleine Chronik.

Der Millionenbesuch des Kinos.

Daß der Film das gewaltigste Propagandamittel ist, wird seit langem anerkannt. Seine ungeheure Verbreitung aber geht am besten aus einzigen Zahlen hervor, die Eduard Günther, Kreuzhage, in einem Aufsatz „Buch, Film, Propaganda“ der Zeitschrift „Die Aktion“ anführt. Nach einer Berechnung von Rüdigers Geographisch-Statistischem Handbuch von 1914 wird ein einziger Film von durchschnittlich 12.285.000 Menschen betrachtet. Da sich seitdem die Lebensdauer des Filmmaterials verlängert hat, so dürfte der Film heute noch von einigen Millionen mehr gesehen werden. Die durchschnittliche wöchentliche Besuchsziffer der 10.000 nordamerikanischen Kinos wird mit rund 50 Millionen angegeben. Allerdings wechseln dort vielfach Varietevorstellungen mit Filmvorfürungen und die Spielzeit des einzelnen Films ist länger als bei uns. 1923 hat das amerikanische Volk mindestens 400 Millionen Dollar für den Kinobesuch ausgegeben. Die für Herstellung neuer Filme in den Vereinigten

Staaten aufgewandte Summe vom Juni 1923 bis Juni 1924 beläuft sich auf 200 Millionen Dollar. Das in den amerikanischen Kinoshallen angelegte Kapital wird auf eine Milliarde Dollar, das gesamte Kapital der amerikanischen Filmindustrie auf eineinhalb Milliarden Dollar geschätzt. Nun versorgt die amerikanische Filmindustrie fast drei Viertel der ganzen Welt mit ihren Bildstreifen. Aber auch in Deutschland sind große Summen im Film angelegt, und die 3000 deutschen Kinos können eine Million Besucher fassen. Rechnet man drei bis vier Vorstellungen pro Tag und drei Drittel volle Häuser, so kommt man auf eine wöchentliche Besuchsziffer von mehr als 16 Millionen. Danach war jeder vierte Deutsche durchschnittlich 52 Mal im Jahre im Kino! Die Zahl wird etwas, aber nicht viel zu hoch gegriffen sein.

Von Marokko nach Nordamerika.

Die abenteuerliche Reise eines Edelsteins.

Der „New York Herald“ berichtet von dem abenteuerlichen Transport eines Diamanten von fabelhaftem Werte aus Marokko nach den Vereinigten Staaten. Danach hat vor einiger Zeit ein amerikanisches Syndikat von dem Sultan von Marokko, Muley Hafid, den Diamanten „Sultana“ gekauft. Dieser Diamant gilt als einer der schönsten und größten Steine der Welt. Der Kaufpreis wird in dem Bericht des Herald nicht genannt. Die Schwierigkeit war nun die, den gefasteten Diamanten aus El Mar El Kebir in Spanisch-Marokko, der Residenz des gestürzten Sultans, herauszuschmuggeln und nach New York den Käufern zu überbringen. Muley Hafid und seine engste Umgebung wurden nämlich von den marokkanischen Behörden mit der schärfsten Wachsamkeit beobachtet, so daß jeder Europäer beim Verlassen des Ortes sich verächtlich gemacht hätte.

In diesem Dilemma betrauten die amerikanischen Juweliere, die den Riesendiamanten gekauft hatten, einen jungen amerikanischen Flieger, namens Josef Stohlin aus Brooklyn mit der abenteuerlichen Aufgabe, den Stein aus Marokko zu holen. Stohlin war während des Krieges der berühmteste Militärflieger der Vereinigten Staaten. Nach dem Krieg ging er nach Europa und nahm als Flieger in der polnischen Armee am Feldzug gegen die Russen teil. Danach erhielt Stohlin einen Antrag, in lettische Militärdienst zu treten und brachte es in der lettischen Armee mit 22 Jahren zum Rang eines Obersten und zum Posten eines Luftschiffahrtsministers.

Stohlin, der sich kürzlich wieder in Amerika aufhielt, wurde also wegen seiner notorischen Tollkühnheit und Abenteuerlust mit der Aufgabe betraut, den unschätzbaren Diamanten aus dem Besitze des Exsultans Muley Hafid abzuholen. Stohlin unternahm die Reise nach Marokko und gelangte glücklich als Araber verkleidet, nach El Mar El Kebir. Der 143 Karat schwere Stein wurde ihm von den Vertrauensmännern des Exsultans übergeben. Mittlerweile hatte sich das Gerücht über den Verkauf des berühmten Steines in ganz Marokko verbreitet, so daß doppelte Vorhute geboten war. In dunkler Nacht verließ Stohlin mit dem unschätzbaren Stein in der Tasche die Sultansresidenz zu Pferd und es gelang ihm, Tanager zu erreichen, wo eine Nacht mit Vertrauensleuten Muley Hafids auf den jungen Amerikaner wartete. Die Nacht brachte ihn über die Meerenge von Gibraltar nach Cadix, von wo die Marokkaner in ihre Heimat zurückkehrten. In Cadix wartete ein von dem amerikanischen Juwelieryndikat beigestellter Klennerwagen, der Stohlin nach Madrid brachte. In Madrid übernahm bereits eine Versicherungsgesellschaft die Bürgerschaft für den weiteren Transport des Diamanten, so daß die Aufgabe Stohlins damit erledigt war.

Die Bannote.

Von Henri Barbusse.

Berechtigter Uebersetzung aus dem Französischen von Johannes Kunde.

Am Saum der weiten düsteren Ebene, deren Farbe irgendwie an abgetragene Kleider gemahnte, verschwand das kleine Haus im Zwielicht. Juliette spähte nach dem Großvater. Gleich einer Kofe überragte ihr hübsches Gesicht den morschen Jaun, auf dem hier und da Moos angelegt hatte und den die Dämmerung so dunkel färbte, als wäre ein Platzregen darauf niedergegangen. Alle Tage kam der Großvater von jener Seite, wo die Essen der Stadt ihre feine Schrift auf das Gelb des Sonnenunterganges zeichnen. Turko erwartete auch, vor Freude zitternd, den Herrn, und sein schwarzer Budelkopf, auf dem die Schleier des Abends nur den Ausdruck der Liebe erkennen ließen, wandte sich von Zeit zu Zeit nach dem Wadben. Da bemerkte sie und der Hund den alten Mann unter der Menge der Arbeiter, die aus den Vorstädten herausströmten. Mit großen Schritten kam er: gestikulierend. Als er auf dem Fußweg war, hörte man ihn lachen. Er schloß die Entlein in die Arme, ohne seine laute Freude zu dämmen. Drinnen in der niedrigen Stube, wo Turko sich um ihn zu verbildlichen schien, zwinkerte er mit den Augen, fluchte fröhlich drauf los und schlug mit der Faust so heftig gegen die Tischplatte, daß das Fenster im blauen Rahmen klirrte. Endlich sagte er: „Hier hast du!“ und warf mitten auf den Tisch einen Tausendfrankenschein. „Da sind 1000 Franken. Jetzt wirst du den großen Flaquard heiraten können.“ „Ach!“ rief Juliette freudestrahlend, „Großvater, wie hast du es zustande gebracht?“ Der Alte blickte listig drein. Nun, er hatte Ueberstunden gemacht. Franken um Franken gespart. Das hatte Zeit gekostet, verdammt! Aber

was! Das Geld war da; man schuldete es niemandem. Die Kleine konnte Flaquard heiraten. Der Hasenfuß brauchte nämlich 1000 Franken, um Rose, diese Klette, abzustoßen. Während des ganzen Abends sprach man von Flaquard, der zwar keinen Mut besaß, aber ein schöner Mensch war und Heirat und Glück beoentete. Am andern Morgen, als der Alte fort war, sagte Juliette zu Turko, während sie sich in der Wirtschaft zu schaffen machte: „Ich bin zufrieden.“ Turko verstand sich auf diese Art vertraulicher Mitteilung. Er witterte das Glück, dieses edelste Parfüm. (Nur die Hunde sind würdig, es wahrzunehmen!) Sie erzählte ihm, daß man mit dem großen Flaquard glücklich sein würde. Da dieser ja nun sein Verderben, die Rosa, dieses Laubäugel loswerden konnte; ohne die 1000 Franken — was wäre geworden? Sie sang, betrachtete sich in einem zerbrochenen Spiegel und legte um ihren Hals ein blaues Band. Turkos Augen folgten ihr treulich; er nahm von allen, was sie tat und sagte, in sich auf. Einst jung wie sie, war er jetzt noch älter als der Großvater. Sein schwarzes Fell war durch die Jahre häßlich geworden. Sein Rücken stellenweise so verzerrt wie die Hand eines Köhlers. Aber Juliette war stolz auf seine schönen kastanienbraunen Augen, die ihr mehr und mehr ins Herz zu blicken verstanden. Sie zeigte ihm den Tausendfrankenschein, dessen Vorhandensein die Lage der Dinge veränderte. Rasch legte sie ihn, für Turko unerreichbar, auf den Deckel der Salzmeste, die sehr hoch neben der Türe hing. Dan plauderte sie von anderem, trällerte, liebäugelte mit dem Spiegel. Während der Frühstückspause trieb es sie an das Gartengeländer; sie hoffte, vielleicht Flaquard vorübergehen zu sehen, der draussen arbeitete — sie beschloß, die Straße — sie wollte es ihm verkünden. Ein so heftiger Windstoß traf sie, daß sie stehen bleiben mußte. Unmöglich, dagegen anzukommen. Wild wirbelte der Sturm die Haare um

ihre niedliche Gesicht; der dünne Rock schmiegte sich an den zarten Wuchs ihres Körpers. Der Jaun schwanke. Das magere Bäuchchen in der Erde stand gebeugt da, wie ein von Unglück Betroffener. Und die Böe hatte die von ihr angelehnte Haustüre weit aufgerissen: durch die Scheiben sah man das Flattern der vom Wind hin- und hergeworfenen baumwollenen Vorhänge. „Turko!“ rief sie, „wo steckst du?“ Er war an der Schwelle geblieben und spielte mit einem Stückchen Papier. Eine Ahnung zuckte in ihr auf. Sie stürzte auf ihn zu. Bei ihrem Anblick schnappte der Hund nach dem Papier, verschlang es, dann äugte er sie berührt an. Verzweifelt packte sie ihn, riß seine Kiefer auseinander, ihre Finger griffen in das heiße Maul, das er jetzt so weit öffnete, wie er konnte. Nichts mehr da! Sie ließ ihn los, brach in Tränen aus, lief, die Hände ringend, im Zimmer auf und ab, während Turko es für seine Pflicht hielt, sie scharf zu beobachten, um sich keine ihrer Bewegungen entgehen zu lassen. Ach, sie wußte wohl, was bevorstand! Der Großvater konnte jede Minuten heimkehren: es war seine Zeit, sowie er es erführe, würde er Turko töten, um den Geldschein wieder zu erlangen. In solchem Fall gibt's kein anderes Mittel, man weiß das; ihm etwas einzugeben nützt nichts. Man muß das Tier töten und sofort. Ja, der Alte, der entschlossen und hart gegen andere war, würde mit Turko gleich ein Ende machen. Mit dem Stock oder einem Messer. Anbinden würde er ihn, dann niederschlagen, erwürgen und den armen Körper nach dem Schein durchwühlen. Sie richtete sich plötzlich auf, gerüttelt wie noch eben vom Sturm: nahe Schritte ließen sich vernehmen. Der Großvater bog aufs Haus zu. Der schöne Flaquard kam mit, und man hörte sie lachen.

Ganz außer sich sah sie auf Turko und der betrachtete sie mit seinem braunen verwunderten Augen, welche die ganze Schönheit seiner Güte offenbarten. Freudig erregt traten die Männer ein. Hochgeredt vor ihnen, als wollte sie ihnen den Weg versperren, stammelte sie ängstlich, weinerlich, den Blick zu Boden schlagend: „Großvater! Großvater! Das Geld! ... Ich war auf die Straße gegangen, mit Turko. Während der Zeit sind Leute eingebrochen ... haben das Geld gestohlen ... Ich habe sie fliehen sehen ...“ Die beiden blieben, einen wachen Schrei ausstößend, vor Schreck wie angewurzelt stehen. Der Großvater wurde blaß und warf sich jammernd — sein Atem ging stoßweise wie eine Maschine — auf einen Stuhl, während der schöne Flaquard seine Haltung ganz und gar verlor und immer von einem Fuß auf den andern trat. „Berzählen Sie,“ sagte er endlich mit seiner schönen tiefen Stimme, „aber, aber ...“ Er zog ab, ohne seinen Satz zu vollenden und ohne die beiden noch eines Blicks zu würdigen. Als er verschwunden war, wagte Juliette nicht, sich dem Großvater zu nähern, der noch immer wie betäubt darsaß. Aber sie trat zu Turko und instinktiv streckte sie ihre Arme nach ihm. Der Hund rüchelte sich an ihr empor, mit den Pfoten aus ihrer Brust. Sie drückte ihn fest an sich, hieselte ihre in Tränen schwimmenden Augen auf ihn, Augen, aus deren tiefem Schmerz sich der Gedanke löste: „Ich habe dir doch das Leben gerettet!“ Eine Träne Juliettes rann über das Haupt Turkos. Er fühlte, wie dieser Blick ihn traf. Und antwortete mit einem Ton, der sich wie ein kurzer Klopelaut anhörte. Er antwortete ihr auch mit der wohligen Wärme seines auf den Busen des jungen Mädchens sich aufschmiegenden Kopfes. Dann belte er jähvoll und sagte nichts mehr. Als ein großes Herz — das er war — fand er das alles ganz einfach.

Wann ist die Zeitung brauchbar? Eine Zeitung ist nur dann brauchbar, wenn der Verfasser oder Einfender das Richtige geschrieben, zweitens das Richtige auch deutlich geschrieben, drittens der Seher in alle Fächer des Zeitungsraumes die richtigen Buchstaben gesetzt, viertens die richtigen Buchstaben gesetzt, fünftens sie richtig einsetzt, sechstens der Korrektor die Korrektur richtig verbessert, achttens die Revision richtig gelesen wird, neunten wenn die in der Revision etwa noch vorgefundenen Fehler richtig verbessert werden, zehnten wenn den Betreffenden die nötige Zeit dazu gelassen wird, elften, wenn noch ein Dupend anderer Umstände sich ebenso glücklich abmachen. Und da nun zum Beispiel ein großer Zeitungsverleger 50.000 bis 55.000 Druckbogen zählt, so müssen jene günstigen Umstände sich bei der Zeitung 50.000 bis 55.000 mal wiederholen, wenn das Publikum einen einzigen fehlerfreien Bogen in die Hände bekommen soll. Man wird zugeben, daß dies bei der Hast der Arbeit nicht ganz leicht ist. Es würde gewiß weniger getadelt werden, wenn alle Zeitungsverleger einen Begriff von der Arbeit hätten, die zur Fertigstellung jedes Wortes erforderlich ist.

Die Ausgrabungen einer altrömischen Villa in Gaggliano. Die prachtvolle Villa eines römischen Admirals, der vor 1800 Jahren an der Stelle des heutigen englischen Ortes Gaggliano residierte und von seiner Wohnung aus die an der Küste ankommende Flotte beobachten konnte, ist jetzt ausgegraben worden. Ein alter Schacht, auf den man zufällig stieß, führte zur Freilegung der interessanten Anlage, die, ebenso wie ähnliche Villen am Rheim, den außerordentlichen Wohlstand der römischen Kaiserzeit offenbart. Man hat in der Villa auch eine Anlage für die Zentralheizung gefunden, ein schön ausgestattetes Badezimmer mit Vorrichtungen für kaltes und warmes Wasser, für Douchen usw. Die weiten Räume waren mit kostbaren Mosaiken belegt. Aber außerdem wurden noch ganz persönliche Einzelheiten gefunden. Da ist z. B. ein silberner Griffel, mit dem der Admiral seine Befehle auf Wachstafeln geschrieben haben mag. Da sind Leuchter, die ihm Licht spendeten, wenn er abends in den Bett lag; Broschen und Paarohren von sehr schöner Arbeit mögen seine Frau geziert haben, und sie betrachtete ihre Züge in einem prachtvollen Bronzespiegel. Unter den Gefäßen wie es solche, die aus Samos, Attika und andere giebend, die die Handwerkszeichen gallischer Töpfer aufweisen. Auf den Münzen prangen die Köpfe römischer Kaiser, die im ersten und zweiten Jahrhundert nach Christus lebten. Graburnen zeugen davon, daß in dieser Villa, in der es augenscheinlich sehr lustig zugeht, auch Menschen beigesetzt wurden. Die Ausgrabungen, die von dem Archäologen Winckler geleitet werden, sind noch nicht vollendet. Große Fremdenströme strömen aber bereits zu der Stätte, um die antiken Herrlichkeiten zu besichtigen.

Kämpfe auf Tod und Leben. Der Kampf der Hirsche in der Brunstzeit ist eine Erscheinung, die von den Naturforschern schon viel behandelt worden ist. Die Beherrscher des deutschen Waldes kämpfen hier oft so lange, bis der eine auf der Strecke bleibt. Aber nicht nur unter den Hirschen gibt es solche Duelle auf Leben und Tod, sondern sie finden sich auch sonst unter der Tierwelt und gehören zu den packendsten Schauspielern, die man erleben kann. Ein englischer Naturforscher hat eine Reihe solcher Dramen aus der freien Natur zusammengestellt. In der Kenja-Kolonie war er vor kurzem Zeuge einer der seltsamsten Kämpfe dieser Art. Ein Rhinoceros wurde von einem riesigen Krotodil, das seine Zähne in eines seiner Hinterbeine gesteckt hatte, in die Tiefe gezogen. Das Krotodil war furchtbar; gewaltige Wasserfontänen stiegen empor; aber allmählich wurden die Anstrengungen des Flußpferdes immer schwächer; das Krotodil zog es in tiefes Wasser, und schließlich verschwand der gewaltige Körper. Niemand möchte wohl eine Antilope für den ebenbürtigen Gegner eines Löwen halten. Aber es gibt eine Antilopenart, den Drog, der mit seinem langen bajonettartigen Horn dem König der Tiere sehr gefährlich werden kann. Ein hungriger Löwe griff den Führer einer Herde dieser „Säbel-Antilopen“ an, die an einem Wasserloch den Drog lösche. Die Antilope sprang über Wasser noch keine Weile, und jedesmal wurde er von der Antilope mit ihrem Horn aufgefangen, bis er schließlich das Horn im Leibe behielt und beide Tiere zu Boden stürzten. Aber die Säbel-Antilope sollte sich nicht ihres Sieges erfreuen, denn bei ihren verzweifelten Versuchen, das Horn aus dem Körper des Löwen zu ziehen, brach sie sich selbst den Hals.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Ernennung. M.Dr. Rudolf Herrmann, Kontrollarzt der Ersten Prager Krankenkassa der Handels- und Privatangehörigen in Prag II., Jungmannova 29, wurde in Anerkennung seiner langjährigen, musterpflüchtigen Dienste vom Vorstand der Krankenkassa für das Gebiet des Wirkungsbereiches ernannt. Ehrenmitglied der Kassensatzung. Dr. Herrmann ist seit dem 1. Jänner 1892 in Diensten dieser Krankenkassa.

Der große Livius-Fond.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Rom geschrieben: Die Kunde, daß ein italienischer Gelehrter, Dr. Mario Dr. Martino Fusco, sämtliche 107 fehlende Bücher der „Römischen Geschichte“ des Titus Livius gefunden haben soll und nun damit beschäftigt ist, die kostbaren Manuskripte zu übertragen, ist dem italienischen Publikum erst auf dem Untwege über London und Paris zuerst geworden. Ihwar hatte eine, in engsten Familienkreisen sehr geschätzte ita-

lienische altphilologische Zeitschrift, die „Rivista Indo-Greco-Italica“, auf dem letzten Blatt ihres neuesten Heftes kurz bekanntgegeben, daß der Professor Dr. Martino Fusco den Aufsehen erregenden Livius-Fund gemacht habe, sich jedoch weigere, Näheres mitzuteilen, da er sich den Entbecker-Ruhm nicht rauben lassen wolle, aber die italienische Tagespresse hatte von dieser Mitteilung keine Notiz genommen, weil sie ihr offenbar entgangen war. Alle Versuche, die Londoner und Pariser Blätter dann in Neapel machten, um zu erfahren, ob es sich wirklich um den bedeutendsten Handschriften-Fund, der seit der Renaissance gemacht worden ist, oder um einen Irrtum, wenn nicht eine Mystifikation handelt, sind ganz ergebnislos geblieben. Der Held des Tages, Prof. Dr. Martino Fusco, ist Stamm wie ein Grab. Er stirbt auf Capri, der glücklichen Tiberins-Insel und ist mit der Uebertragung der Handschriften beschäftigt. Angeblich soll er bis zum 17. Buche gekommen sein, wenn er mit dem 20. Buche die zweite Dekade abgeschlossen hat, will er dies erste Buchstück der Deffenovität übergeben.

Aus dem Charakter des Gelehrten hat man Schlüsse auf den seines Fundes gezogen. Er ist ein Paläograph, dessen Spezialität die frühesten mittelalterlichen Handschriften Süditaliens sind. Im Mittelalter hatte jede Landschaft ihre eigene Schriftart, in Süditalien, wo sich die Einflüsse Roms und des Orients kreuzten, entstand eine kaum übersehbare Fülle von Typen. Die von Dr. Martino Fusco herausgegebene Zeitschrift „Museum“ hat kürzlich von ihm einen Artikel veröffentlicht, der darlegt, daß im VI. Jahrhundert die süditalienischen Mönche einen großen Teil ihrer Zeit damit verbrachten, religiöse und weltlich-klassische Schriften aus dem Griechischen und Lateinischen in die süditalienischen Charaktere zu übertragen. Marc Aurel Cassiodor hatte eine eigene Schule für diese Kunst im Coenobium Vivariense in Kalabrien gegründet. Im wesentlichen kommt Dr. Fusco zu dem Schluss, daß im VI. Jahrhundert drei süditalienische Hauptschulen für Kalligraphie bestanden. Der aufgefundenen Livius soll in Halbunzial in 150 Bänden geschrieben sein. Auf alle Fälle gibt Dr. Fusco als ernster Gelehrter; er hat auch ein Werk über die Geschichte der Universität Neapel, die in diesem Mai ihre sechente Jahrsversammlung hoch, geschrieben und darin den Ursprung der Hochschule von Neapel auf die Normannen zurückgeführt. Daß vor der fundamentalen Reorganisation des Neapolitaner Studiums durch den hohenstaufischen Friedrich II. schon uralte Hochschulen bestanden, ist bekannt. Im übrigen ist Dr. Fusco auch ein wohlhabender Mann, der sich nicht etwa durch die Notwendigkeit, Geld zu verdienen, zu einer Mystifikation verleiten zu lassen braucht. Die Villa auf Capri, in deren Abgeschlossenheit er seine Uebertragung jetzt vornimmt, ist sein persönliches Eigentum.

Die italienische Gelehrtenwelt, unter anderem der bedeutende Latinist Cochia von der Universität Neapel, äußert sich gegenüber dem aufregenden Problem von der Echtheit des Fundes mit einiger Zurückhaltung. Niemand glaubt, daß Prof. Dr. Fusco wider besseres Wissen seine sensationelle Ankündigung gemacht habe, aber Irrtümer sind nicht ausgeschlossen. Manche Gelehrte glauben aber, daß Fusco, nicht das lateinische Original des Livius, sondern eine Uebertragung in einer orientalischen Sprache gefunden habe, deren Wert in philologischer Hinsicht untergeordnet, in geschichtswissenschaftlicher aber immer noch riesengroß sei. Sicher ist nur, daß der Entbecker bis zum 17. Buche des in Halbunzial-Schrift verfaßten Codex gelangt ist. Da die Uebertragung der übrigen drei Bücher der zweiten Dekade bei der schwierigen Lesbarkeit noch etwa drei Monate dauern würde, so wäre bis zum November die erste Veröffentlichung und Prüfung vor dem Licht der Kritik zu erwarten. Bis dahin muß sich die Wissenschaft wie Latente Welt noch gedulden.

Stellt sich der Fund als echt heraus, so ist selbst keine Entdeckung des humanistischen Zeitalters diesem gleichzustellen, und Dr. Fuscos Name mühte neben die Petrarca's und der Gelehrten des medicischen Kreises gestellt werden, die durch die vor der sich ausbreitenden Türkenherrschaft aus dem byzantinischen Reich nach Italien geflohenen Gelehrten angezogen, das Morgen- und Abendland nach Codices absuchten, und die im Mittelalter vergriffene profane Literatur des klassischen Altertums für die Nachwelt retteten. Selbst Angelo Mai, der vor etwa einem Jahrhundert die Ciceronianischen Palimpseste, darunter die „De Republica“, entdeckte, würde hinter Dr. Martino Fusco zurücktreten müssen. Ein ungeheures Dankschuldverhältnis würde sich der Geschichtswissenschaft und der lateinischen Philologie eröffnen. Fast sein ganzes Leben hatte Titus Livius ein Zeitgenosse des Augustus, des Vergil und des Horaz, dazu benutzte, um das Material zu seinem Geschichtswerk zu sammeln, historische Orte zu besichtigen und schließlich seine 142 Bücher römischer Geschichte niederzuschreiben, die acht volle Jahrhunderte umfassen, von den Königen von Alba bis zum Tode des Drusus, des durch seine Feindschaft gegen die Alpenvölker und gegen die Germanen bis an die Lippe bekannten Stiefsohn des Augustus. Papst Gregor soll die Vernichtung dieses riesigen Geschichtswerkes angeordnet haben; sicher ist nur ein Drittel von diesem Werke bis auf unsere Zeit gekommen, obwohl man bald an dieser, bald an jener alten Klosterlichen Gelehrtenstätte, wie in Chartres und Monte-Cassino der Entdeckung zu finden hoffte und zuletzt noch nach der Ermordung Abdul Hamids im Serail zu Konstantinopel nachforschte, weil sich die Legende erhalten hatte, daß die Serail-Bibliothek den großen Restschatz birge.

Bildungsarbeit. Sommer Schule der Textilarbeiter Oßböhmens in Johannesburg.

Johannesbad, das böhmische Gastein, welches den jungen Sommer über Hunderte aus den Kreisen der oberen Zehntausend in seinen luxuriös ausgestatteten Hotels und Pensionaten beherbergt, zeigte in der Zeit vom 25. bis 30. August ein eigenartiges Gepräge. Der Gau Oßböhmen der Union der Textilarbeiter und die darin vereinigten Zentralgruppen von Trautenau, Braunau und Arnau, haben 30 ihrer bestqualifizierten Vertrauensleute in einem Ferienkursus vereinigt, um sie mit dem Werk und der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung vertraut zu machen. Diese Aufgabe übernahm in anerkannter Weise, Gen. Viktor Stein aus Wien. Die Unterbringung der Schüler konnte in der Weise bewerkstelligt werden, daß die Bezirkskrankenkasse in Trautenau ihr herrlich gelegenes Erholungsheim zur Verfügung stellte.

Am Montag, dem ersten Schultag, sprach Gen. Stein über die „Krise der Weltwirtschaft und ihre Wirkungen auf die Gewerkschaften“. Die Krise ist ein Produkt des Krieges und hängt mit demselben daher eng zusammen. Daß der Weltkrieg ein Interessentkrieg des Kapitalismus gewesen ist, beweisen uns die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailles Vertrages. Nun ist es Aufgabe der Gewerkschaften zu jeder wirtschaftlichen Lage also auch zur Krise Stellung zu nehmen. Das hat sie auch stets getan. Eines der Hauptmerkmale der Krise war die Stilllegung der Betriebe, das bedeutet für die Unternehmern Profitlosigkeit, für die Arbeiter, Arbeitslosigkeit. Eine weitere Folge der Krise sind die Weltwirtschaftskrisen in den verschiedenen Ländern. Nur Amerika, Japan und China sind davon verschont geblieben. Während Amerika beinahe die Hälfte des Goldbestandes der ganzen Welt besitzt, wurden die Valuten der anderen Länder entwertet und dadurch in wirtschaftlicher Beziehung beunruhigt. Trotz Absatzlosigkeit haben wir einen Warenhunger zu verzeichnen.

Der Dienstag war dem Thema „Gewerkschaft und Wirtschaft“ gewidmet. Ausgehend von dem Gedanken, daß der arbeitende Mensch nicht Objekt, sondern Subjekt sein soll, muß es Aufgabe der Gewerkschaften sein, entsprechende Aufklärungsarbeiten zu leisten. Die heutige Gesellschaftsordnung ist ungerecht und muß durch eine bessere ersetzt werden. Das Märchen von der gottgewollten Gesellschaftsordnung ist zu durchsichtig, als daß klar denkende Menschen noch daran glauben könnten. Die Träger derselben sind die Kapitalisten, während die der Meinung sind, daß die Träger der Gesellschaftsordnung nur schaffende Menschen, also das Proletariat, sein können. Zur Erreichung dieser Ziele dienen die Gewerkschaften. Wenn man auch zugeben muß, daß der Einfluß der Wirtschaft auf die Gewerkschaften von Bedeutung ist, so hat sich gezeigt, daß auch umgekehrt die Gewerkschaften die Wirtschaft zu beeinflussen im Stande sind. Allerdings verlangt der heutige Stand der Dinge im Kampfe äußerste Vorsicht und Klugheit und es gibt Situationen wo die Erhaltung der Gewerkschaft wichtiger ist als die Erhaltung der Löhne.

Der dritte Tag galt der „Ekonopolitik“. Im Kampfe um den Lohn sind die Arbeiter naturgemäß gegenüber dem Kapitalismus im Nachteil. Der Arbeiter, der seine bare Arbeitskraft im Gegensahe zu dem Krümmer nur an einen Menschen den Unternehmer abgeben kann, während letzterer einen größeren Kundkreis besitzt, ist natürlich an den einen, an den Unternehmer gebunden. Sein Lohn ist ein schlechter Preis für die Ware, nicht aber sein wirklicher Verdienst. Dieser Verdienst wird geschmälert, durch den Gewinn des Unternehmers. Nun entsteht der Kampf zwischen dem Lohn und dem Gewinn des Unternehmers. Als stärkste Waffe dazu dient der Gewerkschaft, der Kollektiv-Vertrag.

Donnerstag sprach Gen. Stein über „Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung unter besonderer Berücksichtigung der österreichischen Verhältnisse“. Er führte uns zurück bis zum Jahre 1847, als Karl März das kommunistische Manifest herausgab, streifte kurz das Leiden der Gewerkschaftsbewegung während des Sozialisten-Gefeches in Deutschland, sowie des Ausnahmegeretzes in Oesterreich und verstand es durch Schilderung tragischer Episoden aus jener Zeit die Zuhörer zu fesseln.

Der Freitag und Samstag war der Sozialpolitik gewidmet. Gen. Stein zeigte sich auch hier als vorzüglicher Kenner der sozialpolitischen Gesetzgebung, indem er diese vom Standpunkte der deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Verhältnisse beleuchtete. Es würde zu weit führen, wenn wir auch nur annähernd den Inhalt seiner Ausführungen wiedergeben würden. Er verstand es in volkstümlicher Form die Zuhörer immer wieder aufs neue bei jedem Thema zu fesseln. Alle, die seinen Ausführungen vom Anfang bis zu Ende mit größtem Interesse gefolgt sind, werden aus dieser Schule bleibenden Nutzen ziehen, zum Wohl der gesamten Textilarbeiter Oßböhmens.

Am Donnerstag Abend fand ein Kommerz statt, dem auch viele Gäste beiwohnten. Johannesburg wird den Schülern eine bleibende Erinnerung sein. Eine Freundschaft zwischen den Vertrauensleuten der größten Textilbetriebe Oßböhmens wurde in diesen Tagen geknüpft und allgemein hörte man nur das Lob und die Anerkennung des Redners. Würde das Beispiel allüberall Anklang finden. Wenn wir einige Jahre in diesem Sinne die Ausbildung der Vertrauensleute weiterentwickeln, ist uns der Zukunft der Gewerkschaftsbewegung nicht bange.

Bereitet den „Sozialdemokrat“.

Herausgeber: Dr. Ludwig Eger und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riehnert. Druck: Deutsche Zeitungs- & G. Prag. Für den Druck verantwortlich: D. Polik.

Kunst und Wissen.

Der „Fliegende Holländer“ wird jetzt bei uns in der von Wagner selbst gewünschter Weise ohne Zwischenpausen gegeben. Im Interesse des tieferen Einbrudes dieser romantisch-phantastischen Oper erweist sich diese Aufführungsart als sehr entsprechend, weil sie auch den musikalischen Teil des Werkes konzentriert auf den Hörer wirken läßt; nur etwas mehr Disziplin und Ruhe wird nächstens während der Zwischenaktmusik auf der Bühne herrschen müssen, wenn nicht alle Illusion schmierenmäßig zerstört werden soll. Auch die „Holländer“-Vorstellung gab Gelegenheit, zwei weitere, neuengagierte Mitglieder unseres Opernensembles kennen zu lernen. Bei beiden tat man einen glücklichen Griff. Namentlich der Partionist Komrega, der den Holländer sang, verspricht dank seiner Jugend, stattlichen Bühnenerscheinung und ebenso schönen wie gut gepflegten stimmlichen Mittel (in ausgezeichnetem Helldenbariton zu werden, trotzdem seiner Stimme vorläufig noch die markige Reife der tiefen Töne abgeht und seine Darstellung herzig-unbeholfen ist. Die Senta Frau Fine Reich-Döring fiel namentlich durch die wahrhaft blühenden Stimm-mittel der routinierten Sängerin auf, die nur im Piano der Kopfstimme versagt und durch ihre unwor-teilhaft ähnelnde Erscheinung gerade in dieser Rolle jede Illusion Lügen strafe. Eine Sonderfreude an diesem Opernabende bereitete der Soland des nach langer Krankheit genesenen Herrn Ludvik, dessen wunderbarer Bass an Kraft und Wohlklang gegen früher noch zugenommen hat.

Remoirenwerk eines Prager Künstlers. Der aus der Prager Familie Grünfeld stammende Heinrich Grünfeld, der als Cellist nicht minderen Ruhm genießt wie sein als Pianist gefeierter, erst kürzlich verstorbener Bruder Alfred, hat im Verlage von Grestlein & Komp. (Leipzig und Jülich) einen Remoirenband unter dem Titel „In Dur und Moll“ (Begegnungen und Erlebnisse aus 50 Jahren) erscheinen lassen, der der höchsten Beachtung durch Musikgelehrte und Laien wert ist. Für erstere, weil er in der Fülle erstmals veröffentlichter interessanter und bisher unbekannter Einzelheiten aus dem mitteleuropäischen Musikleben (vor allem Wien und Berlin) einen wertvollen Beitrag zur Musikgeschichte der Neuzeit bildet, für letztere, weil die köstlich humorvolle Schreibart das Buch zur genutzreichen, Herz und Gemüt erquickenden Lektüre für jedermann macht. Wohlwendig berührt auch der völlig unperfide Ton dieses Remoirenwerkes, der alle bei derartigen Büchern gewöhnlichen eiteln selbstbiographischen Aufzeichnungen vermeidet. Vortrefflicher Bildschmuck und vornehme Ausstattung machen das inhaltvolle Buch zum überzeugendsten Anwalde der Kollkunst Heinrich Grünfelds.

Heute Premiere „Sprung in die Ehe“. Heute abend wird in der Kleinen Bühne der Schwan „Der Sprung in die Ehe“ zum ersten Male aufgeführt. Die Neuheit wird morgen Samstag, Sonntag nachmittag und abend wiederholt. — Im Neuen Theater heute: „Das Glücklein des Eremiten“. Dirigent Erich Stelck.

Aus der Partei.

Sammelliste für den Monat August 1924. Bodenbach, Partei-fond 900 K., (Zentralwahl-fond 450 K.), Karlsbad 1000 K. (500 K.), Neutischkeim 200 K. (100 Kronen), Bodenbach 2100 K. (1050 K.), Sternberg 600 K. (300 K.), Brünn 1600 K. (800 K.), Böhmen-Krumau 200 K. (100 K.), Reichenberg 600 K. (300 K.), Teplitz 600 K. (300 K.), Karlsbad 1000 K. (500 K.), Trautenau 600 K. (300 K.), Teplitz 200 K. (100 K.).

Wo vertehren wir?

Café Continental, Prag-Graben

Goldenes Kreuzel, Prag-Netajanta.

Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus, Prag, Smekth 22 (Urania). 1000

Gastwirtschaft „Lidovj dum“ der Genossenschaft „Ganymed“ Tägliche PRAG II., Hybernaká Nr. 1.

Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.

Kalla's Fischkonserven



werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem tiefen Geschmack überall bevorzugt. Verlangen Sie daher nur Kalla's Fischkonserven. In allen Konsumvereinen erhältlich.

3871